Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit".

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 57573

Nr. 51 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug in Deutschland 18.— monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld. | Halle, Mittwoch, den 2. März 1921 | Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile kostet 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespaltenen Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 5. Jahrgang.

Ein schlechter Anfang in London.

Steuerhinterziehungen der Staatserhaltenden vor dem Reichstage — Generalstreik der Eisenbahner in Polen — Die Partei der Schlagworte.

London, 1. März. Gestern abend sandte Lloyd George seinen ersten Sekretär Morris Hankey zu Dr. Simons mit der Mitteilung, daß die erste Zusammenkunft bereits Dienstag um 11 Uhr 30 Minuten in Lancaster House stattfinden werde.

London, 1. März. Amtlicher deutscher Bericht. Heute vormittag ½12 Uhr fand im Lancaster House die erste Vollsitzung der Konferenz statt, an der außer der deutschen die englische, die französische, die italienische, die belgische und die japanische Delegation teilnahmen. Von der deutschen Delegation waren Reichsminister Dr. Simons, die Staatssekretäre Bergmann und Schröder, Ministerialdirektor von Simson und v. Lesuire und Staatssekretär Lewald anwesend, ferner der Botschafter Sthamer. Lloyd George, der Präsident der Konferenz, eröffnete die Sitzung, indem er vorschlug, zunächst die Reparationsfrage zu besprechen. Minister Dr. Simons willigte ein und legte den Standpunkt der deutschen Regierung zu den Pariser Beschlüssen in der Reparationsfrage dar, die in der vorliegenden Form unmöglich ausführbar seien. Einzelheiten darüber enthalten die beiden Denkschriften, die er der Konferenz überreichte. Der Reichsminister Dr. Simons gab sodann einen Ueberblick über die deutschen Gegenvorschläge.

Lloyd George bemerkte namens der Alliierten, daß die deutschen Vorschläge nach seiner Meinung auf einer gänzlichen Verkennung der Bedürfnisse der Lage beruhten. Die Alliierten würden aber unter sich beraten und morgen ihre Antwort geben. Darauf wurde die Sitzung gegen 1 Uhr geschlossen.

Die deutschen Gegenvorschläge.

London, 1. März. Die deutschen Gegenvorschläge enthalten folgenden Zahlungsplan:

Der Jetztwert der von alliierter Seite geforderten 42 Annuitäten beträgt bei der Deutschland angebotenen Nichtdiskontierung mit acht Prozent jährlich etwas über 50 Milliarden Goldmark. Davon sind die bisherigen Leistungen Deutschlands in Abrechnung zu bringen, deren genauer Wert durch eine besondere gemischte Sachverständigenkommission festzustellen wäre. Der verbleibende Betrag soll baldmöglichst

im Wege internationaler Anleihe

beschafft werden. Zunächst schlägt Deutschland eine Anleihe in möglichst großem Umfange, etwa bis zu acht Milliarden Goldmark mit möglichst niedrigem Zinsfuß und nach fünf Jahren einsetzender Tilgung vor. Deutschland ist bereit, den Anleihegläubigern die nötigen Sicherheiten zu gewähren. Abgesehen von dem Anleihedienst übernimmt Deutschland für die nächsten fünf Jahre eine Milliarde Annuität durch Sachleistungen zu decken. Deutschland erklärt sich bereit,

durch Arbeit an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete

unter Anrechnung mitzuwirken. Der nicht durch Anleihe oder andererseits gedeckte Betrag der Reparationsschuld wird mit 5 Prozent verzinst. Die bis 1. Mai 1926 durch Annuitäten ungedeckten Zinsen werden ohne Zinseszinsen der Kapitalschuld zugeschlagen. Die Finanzierung der Restschuld bleibt vorbehalten. Der Beteiligung der Alliierten an einer wirtschaftlichen Besserung Deutschlands ist durch vorstehende Vorschläge bereits Rechnung getragen. Voraussetzung für diese Vorschläge ist

das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland

und die Wiederherstellung wirtschaftlicher Freiheit und Gleichberechtigung.

Die Ablehnung in Aussicht.

Paris, 1. März. Die „Agence Havas" meldet aus London: Die Konferenz hörte heute morgen die Darlegungen der deutschen Delegation an, die außerdem den Text der von den Sachverständigen ausgearbeiteten Gegenvorschläge vorlegte. Dr. Simons bietet die Zahlung von 50 Milliarden Goldmark zum gegenwärtigen Kurse an. Hierauf sind, wie die deutsche Delegation behauptet, bereits 20 Milliarden in Form von Rückerstattungen gezahlt worden. Deutschland will den Mehrbetrag, also 30 Milliarden, in 30 Jahren zahlen unter der Bedingung, daß eine internationale Anleihe ausgegeben wird und daß nach 5 Jahren ein Finanzabkommen abgeschlossen wird. Lloyd George erklärte, daß diese Vorschläge von vollständiger Verkennung der Lage zeugten und daß, falls der Inhalt der Vorschläge im einzelnen den von Dr. Simons hierüber abgegebenen Erklärungen entspreche, die Vorschläge weder eine Prüfung noch eine Erörterung verdienten. Die Alliierten werden heute nachmittag 4 Uhr zusammentreten und zweifellos morgen ihre Antwort der deutschen Delegation bekanntgeben. Lloyd George empfahl den Sachverständigen der Alliierten, die militärischen Sachverständigen und Marschall Foch mit einbegriffen, in ihren Hotels sich bereitzuhalten, um einer Aufforderung des Vorsitzenden der Konferenz sofort Folge leisten zu können.

London, 2. März. (Reuter.) Die gestrige Vormittagskonferenz, auf der Dr. Simons im Namen Deutschlands eine Erklärung abgab, dauerte zwei Stunden. Während Dr. Simons die deutschen Vorschläge einzeln zu verlesen begann, unterbrach ihn Lloyd George und sagte, wenn Simons es für der Mühe wert halte, irgendwelche Dokumente zu unterbreiten, so könne er es tun, aber angesichts der allgemeinen Erklärung der Alliierten könne Lloyd George ihm nicht verhehlen, daß die deutsche Regierung sich in einem völligen Mißverständnis über die Stellung der Alliierten zu befinden scheine, die schon übereingekommen wären, daß der gemachte Vorschlag so beschaffen sei, daß sie ihn weder prüfen noch als Ersatz für den Pariser Vorschlag erörtern könnten. Dr. Simons' Erklärung besagte, daß Deutschland die Pariser Vorschläge in der gegenwärtigen Form nicht annehmen könne, sondern Gegenvorschläge machen wolle. Simons überreichte zwei Denkschriften, die die Pariser Vorschläge kritisierten. Die Meinung der deutschen Regierung ging dahin, daß die Pariser Vorschläge auf einer zu flüchtigen Auffassung der Lage der deutschen Industrie basierten. Dessenungeachtet habe sich Deutschland entschlossen, endgültige Vorschläge zu machen, weil es für jedes Opfer vorbereitet sei, wenn es an die Stelle der unbegrenzten Verbindlichkeiten des Vertrages von Versailles begrenzte Verbindlichkeiten setzen könne. Der amtliche Bericht steht noch nicht zur Verfügung. In der Nachmittagssitzung, in der die Alliierten die Erklärung Simons in Erwägung zogen, waren die deutschen Delegierten nicht zugegen.

Die Antwort sollen Maßnahmen sein.

London, 1. März. Amtlich. Die Alliiertenkonferenz von heute nachmittag hat beschlossen, die juristischen und militärischen Ratgeber morgen um Rat zu befragen mit dem Ziel, die deutsche Delegation am Donnerstag von den Maßnahmen in Kenntnis zu setzen, die die Alliierten zu treffen sich vorgenommen haben. Die Sachverständigen treffen morgen früh 10 Uhr zusammen. Die alliierten Delegationen versammeln sich mittags, um den Bericht der Sachverständigen entgegenzunehmen und sich über eine entschiedene Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge schlüssig zu werden.

*

Wir verzeichnen diese Wolff-Meldungen über die bedeutsamsten Vorgänge auf der Konferenz. Nach der Fassung derselben hat es den Anschein, als ob schon in allernächster Zeit die entscheidende Wendung zu einer Verschlechterung der Stellung Deutschlands eintreten würde. Die Vertreter der Alliierten, selbst Englands, zeigten sich nach diesen Nachrichten von der bösartigsten Unduldsamkeit. Doch ist immer dabei zu bedenken, daß bei der Formgebung der Nachrichten in den seltensten Fällen nur allein die Absicht, objektiv zu sein, vorherrschend ist, gewöhnlich werden dabei noch bestimmte Nebenabsichten verfolgt. Aus diesem Grunde ist es notwendig, diese ersten Mitteilungen aus London mit der notwendigen Reserve entgegenzunehmen.

Ein Schuldenbuch.

Berlin, 1. März. Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat dem Reichstag eine Anleihedenkschrift für das Jahr 1920 vorgelegt. Nach der vorjährigen Denkschrift, die die bis Ende September 1919 gegebenen Anleihen, wie die auf Grund der Anleihegesetze geleisteten, bis zum Abschluß des Rechnungsjahres 1918 endgültig verrechneten Ausgaben umfaßt, beläuft sich der Gesamtbetrag der Anleihekredite auf 178 328 902 026 Mark. Diese Summe erhöht sich auf Grund einzelner Gesetze aus den Jahren 1920 bis zum Betrage von 253 798 316 284 Mark, ermäßigt sich aber durch Ersparnisse und Verrechnungen von in Zahlung gegebenen Kriegsanleihestücken um 8 067 874 306 Mark, so daß sich als Gesamtbetrag der Anleihekredite 245 730 441 977 Mark ergeben. Das gesamte auf Grund der Anleihekredite gegebene Schuldkapital betrug am 30. September 1920 224 049 764 861 Mark. Von den Schuldverschreibungen im Gesamtbetrage von 72 397 773 700 Mark waren am 30. September 1920 18 121 892 700 Mark gleich 25 v. H. in das Reichsschuldbuch eingeschrieben. Der gesamte bis 30. September 1920 an Schuldverschreibungen und verzinslichen Schatzanweisungen begebene Anleihebetrag verzinst sich im Durchschnitt mit 4.993 v. H.

Ein bolschewistischer Ueberfall.

Von K. Kautsky.

Dieser Artikel Kautskys, den wir in der Wiener „Arbeiter-Zeitung" finden, illustriert ein noch nicht genug bekanntes, aber darum nicht weniger interessantes Kapitel der Tagesgeschichte.

Was gestern erst als ein Gerücht aus Konstantinopel gemeldet wurde, das wird heute durch ein Telegramm unserer Genossen aus Tiflis bestätigt: bolschewistische Armeen sind ohne vorhergegangene Kriegserklärung in die georgische Republik eingedrungen und bedrohen sie mit völliger Vernichtung. Damit ist eine furchtbare Situation geschaffen, nicht nur für das unglückliche Land, sondern für den ganzen internationalen Sozialismus. Der ungeheuerliche Fall ist eingetreten, daß eine sozialistische Republik von einer andern sozialistischen Republik mit Krieg überzogen wird.

In Georgien herrschte ebenso wie in Sowjetrußland das Proletariat. Es herrscht durch andere Methoden, dadurch, daß es die geistige Führung der revolutionären Bauernschaft übernommen und behalten hat. Es herrscht mit den Methoden der Demokratie, nicht denen des Terrors, und es erzielt damit gute Resultate. Das mag den benachbarten Terroristen des Bolschewismus höchst unbequem sein. Aber ist das ein triftiger Grund für Sozialisten, zur blutigen Niederwerfung des friedlichen Nachbarn zu schreiten?

Und er war friedlich bis zum Extrem.

Die Republik Georgien ist ein sehr jugendliches Gebilde, kaum drei Jahre alt. Ehedem ein selbständiges Königreich, war es 1801 von Rußland annektiert worden und bildete einen Teil des russischen Reiches bis 1918. Als die Regime begründete, eilten die russischen Truppen, die gegen die Türken gefochten hatten, nach Hause und die Peterburger Oktoberrevolution 1917 das bolschewistische neue russische Regierung überließ den Georgiern die Sorge, auf eigene Faust mit den nachrückenden Türken fertig zu werden. Als selbständige Macht hatten sie mit diesen zu verhandeln: daraus erstand die Republik Georgien, die am 26. Mai 1918 ihre Unabhängigkeit erklärte.

Die sozialdemokratische Regierung, die sich das Land in der Zeit der Revolution gegeben, ist heute noch am Ruder, vom vollsten Vertrauen der Proletarier und der Bauern getragen, bei denen in Georgien noch die Gesinnung der revolutionären Kämpfe nachwirkt.

Bei ihrem Antritt proklamierte die georgische Regierung als ihren Grundsatz in der äußeren Politik unbedingtes Festhalten am Frieden und der Neutralität. Nur zur Abwehr eines gewaltsam eindringenden Feindes darf zu den Waffen gegriffen werden. Und an dieser Politik hat Georgien bis heute festgehalten.

Daß es auf jede Eroberungspolitik verzichtete und bei jedem äußeren Konflikt die Methode der Verständigung vorzog, verstand sich bei der Kleinheit des Landes von selbst. Nicht selbstverständlich aber war seine unbedingte Neutralität, sein Verzicht auf jedes Bündnis mit einer der Großmächte, durch das man von ihr abhängig und zum Werkzeug ihrer Gewaltpolitik geworden wäre.

Diese Politik der Neutralität aufrechtzuerhalten war nicht leicht angesichts des ewigen Kriegszustandes an den Grenzen Georgiens.

Unmittelbar nach seiner Unabhängigkeitserklärung wurde es von deutschen Truppen besetzt, deren Führer die georgische Regierung zum Kampfe gegen Sowjetrußland zu drängen suchten. Höflich, aber energisch lehnte sie ab, was nicht ohne Gefahr war.

Ehe daraus ein Konflikt entstehen konnte, brach die deutsche Militärmacht zusammen, an Stelle der deutschen kam die Entente und von ihr gestützt eine Reihe konterrevolutionärer Erhebungen gegen das Sowjetregime.

Was die Generale Wilhelms vergebens versucht, unternahmen nun die Generale des Zaren. Die Aufstachelung Georgiens zum Kampfe gegen Sowjetrußland. Sie hatten keinen besseren Erfolg, was damit beantwortet wurde, daß Denikinsche Truppen in Georgien einbrachen. Es gelang, sie in blutigen Gefechten zurückzuwerfen.

Bald darauf gelang es den Bolschewiki, siegreich nach Süden vorzudringen, längs des Kaspischen Sees bis Baku und darüber hinaus nach Persien.

Nach Norden und Osten hatte jetzt die sozialdemokratische Republik nicht zaristische und ententische Gegenrevolutionäre und Kapitalisten, sondern kommunistische Republiken zu Nachbarn: Sowjetrußland und dessen Schöpfung, den russischen Vasallenstaat Aserbeidschan.

Leider verbesserte sich dadurch Georgiens Lage nicht, Sowjetrußland wollte Georgien ebenso wie Aserbeidschan zu seinem Verbündeten, das heißt zu seinem Vasallen machen. Georgien lehnte ab, es wollte gegenüber der kommunistischen Diktatur seine Selbständigkeit bewahren und wollte sich davon frei halten, in die Abenteuer der bolschewistischen Kriegspolitik verwickelt zu werden. Es hätte militärisch Rußland nicht helfen können, wäre aber selbst militärisch und ökonomisch der siegreichen Entente gegenüber in eine ganz unhaltbare Situation geraten.

Das Verharren bei der Neutralitätspolitik auch Sowjet-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210302-16/fragment/page=0001

rußland gegenüber machte dieses ebenso wie vorher Denikin zum Feinde Georgiens.

Dieses selbst freilich tat kein möglichstes, in gute Beziehungen zu Rußland zu kommen. Das Mißglücken einiger russischen Versuche, kommunistische Aufstände in Georgien hervorzurufen, führte zu Verhandlungen und schließlich, im Mai 1920, zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Rußland.

Durch diesen Vertrag hat Georgien Sowjetrußland mehr genützt als durch ein Waffenbündnis. Denn es brachte Rußland die Möglichkeit, freien Handelsverkehr mit Georgien und durch Georgiens Vermittlung mit dem industriellen Westen. Lenin selbst soll diese Nützlichkeit Georgiens für Rußland anerkannt und es für ein Fenster nach Europa erklärt haben, das offen bleiben müsse.

Indes, ebenso wie bei den meisten Imperialisten des Westens, namentlich den französischen, ist auch bei den meisten Bolschewiki das machtpolitische Denken stärker als das ökonomische.

Und so wurde der Friedensvertrag nur von Seite Georgiens ehrlich gehalten, nicht von Seite Rußlands. Schon wenige Wochen nach Unterschreibung des Friedensvertrages brachen Sowjettruppen in Georgien von Aserbeidschan her ein, wurden indes diesmal zurückgeworfen.

Rußland versuchte es dann wieder mit kommunistischen Verschwörungen. Aber trotz reichlicher Geldmittel aus Moskau findet der Kommunismus keinen Boden bei den Proletariern und Bauern Georgiens.

Eine besondere Art der Schädigung Georgiens bestand darin, daß man ihm die Lieferung von Petroleum aus Baku vorenthielt, zu der man sich im Friedensvertrag verpflichtet hatte. Eisenbahnwesen und Industrie Georgiens litten sehr darunter.

Eine neue Gefährdung der kleinen Kaukasusrepublik trat ein, als die Türken unter Kemal Pascha in Armenien einbrachen und die Sowjettruppen ihnen von Aserbeidschan her die Hand reichten. Nun war der eiserne Ring zu Land um Georgien herum geschlossen, von Norden, Osten und Süden her konnten die feindlichen Heere gleichzeitig anmarschieren. Und von Tag zu Tag mehrte sich die Zahl der gegnerischen Truppen an den Grenzen.

Die Lage wurde äußerst ernst, dennoch verlor man in Georgien die Hoffnung nicht. In der Tat, selbst wenn die Bolschewiki so blind sein sollten, daß sie die ökonomischen Vorteile nicht erkannten, die der Handelsverkehr durch ein selbständiges Georgien ihnen brachte; und selbst wenn sie so ehrlos sein sollten, die Zimmerwalder Beschlüsse von der Selbstbestimmung der Nationen gerade einer sozialistischen Republik gegenüber mit Füßen zu treten, so durfte man doch erwarten, sie würden nicht eilen Friedensvertrag, den sie selbst geschlossen, leichtfertig in dem Moment zerreißen, in dem sie den Frieden mit den Großmächten des Westens suchten und ihnen Vertrauen zu ihrer Vertragstreue beizubringen hatten, das schwer erschüttert war.

Und wozu das alles? Die Schätze Georgiens sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein des russischen Elends. Und braucht man eine bedeutende Armee, um Georgien niederzuwerfen, das sich verzweifelt wehren wird, so eine noch größere, um das besiegte Land niederzuhalten. Ist Rußlands Position so gesichert, daß es einen erheblichen Teil seiner Streitkräfte um nichts und wieder nichts für eine längere Zeit auf einen bestimmten Punkt festlegen darf?

So dachten viele und hofften immer noch, der Friede könne erhalten bleiben. Man atmete auf, als Sowjetrußland plötzlich freundliche Seiten aufzog und erklärte, es wolle den Friedensvertrag durchführen. Man solle ihm nur Waggons und Lokomotiven nach Baku schicken es werde dann Petroleum senden. Das Abkommen darüber war eben zustande gekommen, als ich Tiflis verließ. Es erfüllte mich mit freudigen Hoffnungen, die leider trogen.

Ich war schon abgereist, da berichteten die Zeitungen, das Abkommen sei bloß eine Falle gewesen, um Waggons und Lokomotiven in die Hand zu bekommen. Zweihundert Zisternenwaggons mit der entsprechenden Anzahl Lokomotiven wurden von Georgien nach Baku gesendet. Dort beschlagnahmte man sie und fügte hinzu, die Festnahme der mitgekommenen georgischen Eisenbahner, die schweren Mißhandlungen ausgesetzt wurden.

Nach alledem wirkt es nicht mehr überraschend, wenn wir erfahren, daß jetzt die roten Truppen ohne vorherige Kriegserklärung die georgische Grenze überschritten haben und das feindliche Land mit Raub und Mord und Knechtung bedrohen.

Nicht überraschend und doch furchtbar erschütternd ist der Bruderkampf, den die Männer der dritten Internationale in ganz Europa in den proletarischen Reihen mit allen Mitteln der Korruption und des Terrorismus schüren, er nimmt die grauenhaftesten Formen an den Grenzen Asiens an — zu gleicher Zeit, zu der dieselben Kommunisten den Kapitalisten Amerikas, Englands, Hollands die glänzendsten Konzessionen zu verschachern suchen. Einer tieferen Erniedrigung können die hohen Ideen des Sozialismus und der Revolution nicht mehr ausgesetzt werden, die den Inhalt unseres Lebenswerkes bilden, für die wir mit dem Aufgebot unserer ganzen Kraft kämpften und kämpfen — bis vor wenigen Jahren noch Schulter an Schulter mit den heutigen Kommunisten —, soweit sie nicht blutige Neulinge sind.

Diese Erniedrigung unserer Ideale, das ist das Entsetzlichste an dem grausamen Drama, das sich jetzt am Fuße des Kaukasus abspielt.

Unsere georgischen Brüder erwarten moralische Hilfe vom Weltproletariat. Sie werden sich gestärkt und erhoben fühlen in dem schweren Kampfe, den sie führen, wenn sie sich der Sympathien der wahrhaften Sozialisten aller Länder versichert fühlen dürfen, aller Sozialisten, denen der Sozialismus, die Befreiung der arbeitenden Menschheit, noch ein lebendiges Ideal und nicht ein bloßer Vorwand für Gier nach Macht und Eroberung ist. Würden die georgischen Sozialisten darin enttäuscht — es würde die schlimmste Niederlage, die die Internationale bisher erlebt hat.

Deutscher Reichstag.

Kerkhoff, Gruser & Co.

In der Dienstagsitzung des Deutschen Reichstags konnte man das ungewohnte Schauspiel genießen, den moralischen Zenjor Deutschlands, Herrn Helfferich, einmal nicht in der Rolle des Anklägers, sondern des verjagten Unschuldslammes zu sehen. Es war unser Genosse Keil, der beim Haushalt des Finanzministeriums mit sachlicher Klarheit die Folgerungen aus dem Fall von Kerkhoff zog, die vom sozialistischen Standpunkt aus gezogen werden müssen und das Gedächtnis der Deutschnationalen in einer für sie offenbar nicht angenehmen Weise auffrischte. Er erinnerte daran, wie die Deutschnationalen zu Anfang der Session die volle Aufklärung dieser mysteriösen Angelegenheit in sichere Aussicht stellten und wie Kerkhoff alsdann unter dem Schutze der vertrauensvoll bewilligten Immunität nichts Eiligeres zu tun hatte, als eben diese Aufklärung mit allen möglichen erlaubten und unerlaubten Mitteln zu hintertreiben. Die Fälle von den Kerkhoff und Gruser wurden vom Genossen Keil mit Recht als ein kleines Kapitel aus dem unerschöpflichen Schatz der kapitalistischen Steuerschen gekennzeichnet, die in engstem Zusammenhang steht mit den heftigen Vorstößen der Rechtsparteien gegen die Besitzsteuern und der Forderung nach indirekten Steuern. Es ist traurig, wenn ein Mann wie Staatssekretär Schröder bei der Sachverständigenkonferenz in Brüssel selbst dem feindlichen Ausland gegenüber seinem Wunsch nach indirekten Steuern hemmungslos die Zügel schießen ließ. Jedenfalls wird eine derartige unsoziale Steuerpolitik, wenn sich jemals ein Finanzminister findet, der sie vertritt, auf den rücksichtslosen und einmütigen Widerstand der gesamten Arbeiterschaft stoßen. Das wurde gestern von den Rednern aller sozialistischen Parteien mit völliger Klarheit zum Ausdruck gebracht. Herr Helfferich hat in seiner Erwiderung natürlich den Sniegs umzukehren versucht und Herrn von den Kerkhoff als unschuldiges Opfer politischer Ränke hingestellt. Wir werden abwarten, ob er nach der gerichtlichen Erledigung des Verfahrens auch noch den Mut dazu finden wird. Dem Finanzminister Wirth kann man ein sympathisches und ehrliches Bestreben, den Drückebergern zu Leibe zu gehen und eine wenigstens leidlich anständige Steuerpolitik zu machen, nicht absprechen. Er fand gegen Helfferich manch treffendes Wort und kennzeichnete die schmutzigen Angriffe der Rechtspresse gegen sein Verhalten in den Fällen Kerkhoff und Erzberger nach Gebühr. Sehr fraglich ist nur, ob er bei den großen Widerständen, die er in den Reihen der Regierungsparteien findet, und dem immer mehr zunehmenden Einfluß großkapitalistischer Kreise auf sein Ministerium Rückrat genug behält, um die Sanierung der deutschen Finanzen so durchzuführen, daß die deutsche Arbeiterschaft die Möglichkeit eines erträglichen Existenzminimums behält.

*

72. Sitzung. Dienstag, den 1. März, 1 Uhr.

Die Aussprache über den Haushalt des Reichsfinanzministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Keil (Soz.): Herr Dr. Helfferich hat nicht, wie wir erwarteten, sich zu Beginn der Debatte zum Fall von den Kerkhoff geäußert, obwohl wir dem Kämpfer für die gute Moral dieses Vorzugsrecht gern eingeräumt hätten. So wird von den Kerkhoff erst nach mir seinen Helfferich finden. In London soll heute unser Etat von 1920 vorgelegt werden. Wir reden aber noch immer darüber (Zurufe: Leider!) In Brüssel ist auch von den deutschen Sachverständigen nicht immer richtig gearbeitet worden. Unter-Staatssekretär Schröder hat wiederholt erklärt, daß unsere direkten Steuern schon unerträglich hoch seien, daß aber die indirekten Steuern noch einen weiteren Ausbau ertrügen. (Hört, hört, links.) Diese Aeußerungen waren politisch widerlos, materiell aber völlig unbegründet. Wir halten einen Beamten für ungeeignet zur Wahrung deutscher Interessen im Ausland, der so tun zu müssen scheint, wie empört das deutsche Volk ist über das völlige Versagen in der Ausführung der Besitzsteuerpolitik. Weiß Unterstaatssekretär Schröder nicht, daß noch 10—12 Milliarden in heimlichen Verstecken der Besteuerung entzogen werden, kennt er nicht die Ausführungen des Herrn von Havenstein über die unerträgliche Notlage der tuberkulösen und hungernden Kinder in der Großstadt? Er aber macht Ausführungen über die schwere Not der Millionäre auf Grund falscher Berechnungen.

Infolgedessen haben die alliierten Sachverständigen ihren Regierungen empfohlen, die Besitzsteuern in Deutschland zu ermäßigen, die indirekten Steuern, z. B. die Umsatzsteuer aber zu erhöhen.

Leider hat auch der Reichsfinanzminister sich hin und wieder von der Steuerscheu der Besitzenden beeinflussen lassen. Die Novelle zum Einkommensteuergesetz konnte wegen der Opposition eines Teils der Regierungsparteien noch nicht verabschiedet werden. Man will dort den Steuerträgern in den oberen Stufen mildern. Wirkliche Unterstützung hat der Minister bei dem Gesetz nur an den Sozialdemokraten erfahren. (Sehr, hört! links.) Zur Besteuerung der notwendigen Lebensbedürfnisse der Massen hat Graf Westarp der Regierung für einen bürgerlichen Steuerblock seine Dienste angeboten. Wenn einmal unter der

Führung des Herrn von den Kerkhoff

ein solcher Steuerblock zustande käme (Unruhe rechts), dann wäre mit einem Schlage ein geschlossene Front der ganzen deutschen Arbeiterschaft hergestellt. Die Steuermoral ist untergraben worden durch den Kampf der Rechtsparteien gegen die Besitzsteuern. Ein grelles Schlaglicht auf die Steuermoral dieser Kreise wirft der Fall von den Kerkhoff. Die Deutschnationalen stellten zu Anfang dieser Session einen Antrag auf Aussetzung aller Strafverfahren gegen Kerkhoff, der einmütig angenommen wurde. Kerkhoff und seine Fraktion hatte nicht wie Erzberger, das Bedürfnis, die Immunität aufzuheben. Und dann hatte Kerkhoff nichts eiligeres zu tun, als unter dem Schutz der Immunität die

Siegel von seinem Geldschrank strafbarer Weise zu entfernen.

(Hört, hört!) Der Abg. Schultz (Bromberg) stellte damals die Aufklärung dieser Angelegenheit in nächster Aussicht. Kerkhoff hat die Aufklärung planmäßig verhindert. Er entfernte die Siegel, verweigerte die wichtigsten Auskünfte und machte sich die Diebstähle der entscheidenden Akten zu Nutze. Dann ließ er sich von dem Finanzamt Wohwinkel ein gefälschtes Ehrenzeugnis ausstellen. (Zuruf des Abg. Helfferich (Dn.): Wer hat gefälscht?) Das wollen wir gerade wissen, ich frage hiermit den Finanzminister, wie der Vorstand des Finanzamts Wohwinkel zu der Ausstellung dieses gefälschten Ehrenzeugnisses gekommen ist. Die ganzen Schiebungen und Bestechungen sind in diesem Falle schon vor der Revolution passiert,

zur Zeit der glorreichen Alexa Helfferich.

Und die Bestechungsgelder sind gezahlt an Kaiserliche Beamte und Kaiserliche Offiziere. Wegen des Siegelbruchs muß der Staatsanwalt noch einmal ein Verfahren beantragen, denn dies gemeine Vergehen hat von den Kerkhoff erst nach der Versagung der Genehmigung durch den Reichstag begangen. Ich frage auch den Finanzminister, was es mit dem Fall der Firma Wagner auf sich hat? Herr Wagner, der Herrn von den Kerkhoff nicht ganz fern steht, ist ebenfalls in ein Verfahren wegen großer Steuerhinterziehungen verwickelt. Weiter frage ich, was mit Steuerbeamten geschieht, die sich zu Tische laden lassen von Steuerpflichtigen, deren Steuererklärungen beanstandet waren. Wie löst sich das Rätsel, daß viele Industriekönige trotz Reichsnotopfer und anderer Besitzsteuern

ein vielfach größeres Vermögen besitzen,

als vor dem Kriege? Ist es richtig, daß Herr Stinnes sich weigert, seine eigenen Steuererklärungen zu unterschreiben? Man sollte bei uns die Steuererklärungen der Leute von einer gewissen hohen Einkommensstufe an zur öffentlichen Einsicht auslegen. (Sehr richtig!) Besonders die Kundschaft des Schieberbankhauses Gruser sollte samt den hinterzogenen Steuerbeträgen mit Namensnennung öffentlich bekannt gemacht werden. Herr Helfferich, sowie die Deutsche Tageszeitung und die Deutsche Zeitung müßten dies Verlangen eigentlich unterstützen, da sie es waren, die feierlich feststellten, daß kein Mitglied des Hohenzollernhauses in irgend welchen finanziellen Beziehungen zu Gruser stünde. Herr Abg. Kahl wird sicher auch dafür sein. (Abg. Kahl (D. Vpt.): Sehr gut!) Natürlich müssen auch die Namen derer genannt werden, die mit Strafbescheiden davon gekommen sind. (Abg. Kahl: Ganz einverstanden!) Kann der Herr Finanzminister erklären, wie es eigentlich kommt, daß die Kundschaft des Hauses Gruser nur Strafbescheide erhalten hat, während gegen Erzberger Strafverfolgung eingeleitet ist? Ist Erzberger der Steuerhinterziehung schuldig, muß er natürlich seinen Richter finden; ist er aber unschuldig und wird er nur aus politischen Gründen verfolgt und verleumdet, so muß er den Schutz des Hauses finden. Der Kampf gegen Erzberger ist kein Kampf für die Steuermoral sondern der Kampf der Drückeberger vor der Steuerabgabe gegen die steuerliche Belastung des Besitzes.

Das Fähnlein der sieben Aufrechten.

Novelle von Gottfried Keller.

(17. Fortsetzung.)

Also sprach Frymann, und der arme Karl saß ob allen den Reden erstaunt und verdonnert und wußte nicht, sollte er lachen oder sich aufblasen. Aber Sybrig der Schmied rief:

„Da seht nun diese zwei, die nicht für uns sprechen wollten und nun wieder reden, wie die Bücher!"

„So ist es!", sagte Bürzi, „aber wir haben dadurch neuen Zuwachs bekommen, einen kräftigen jungen Schößling gerieben! Ich beantrage, daß der Junge in unsern Kreis der Alten aufgenommen werde und fortan unsern Sitzungen beiwohne!"

„Also sei es!" riefen alle und stießen mit Karl an; der leerte etwas unbesonnen sein volles Glas, was ihm jedoch die Alten in Betracht der aufgeregten Stunde hingehen ließen, ohne zu murren.

Nachdem die Gesellschaft sich durch das Frühstück hinlänglich von ihrem Abenteuer erholt, zerstreute sie sich. Die einen gingen, ein paar Schüsse zu probieren, die andern den Gabensaal und die übrigen Einrichtungen zu besehen, und Frymann ging, seine Tochter und die Frauen zu holen, bei denen sie zu Gast war; denn zum Mittagessen wollten sich alle wieder an dem Tische finden, der ziemlich in der Mitte der Halle und im Bereich der Tribüne gedeckt war. Sie merkten sich die Nummer und gingen höchst wohlgemut und aller Sorgen ledig auseinander.

Genau um zwölf Uhr saß die Tischgesellschaft von einigen tausend Köpfen, welche jeden Tag andere waren, am gedeckten Tische. Landleute und Städter, Männer und Weiber, Alte und Junge, Gelehrte und Ungelehrte, alle saßen fröhlich durcheinander und harrten auf die Suppe, indem sie die Flaschen entkorkten und das Brot anschnitten. Nirgends blickte ein hämisches Gesicht, nirgends ließ sich ein Aufschrei oder ein kreischendes Gelächter hören, sondern nur gleichmäßig verbreitet das hundertfach verstärkte Gesumme einer frohen Hochzeit, der gemäßigte Wellenschlag einer in sich vergnügten See. Hier ein langer Tisch voll Schützen, dort eine blühende Doppelreihe von Landmädchen, am dritten Tisch eine Zusammenkunft sogenannter alter Häuser aus allen Teilen des Landes, die das Examen endlich überstanden hatten, und am vierten ein ganzes ausgewandertes Städtlein, Männer und Frauen durcheinander. Doch diese sitzenden Heerscharen bildeten nur die Hälfte der Versammlung: ein ununterbrochener Menschenzug, ebenso zahlreich, strömte als Zuschauer durch die Gänge und Zwischenräume und umkränzte, ewig wandelnd, die Essenden. Es waren, Gott sei Preis und Dank, die Vorsichtigen und Sparsamen, die sich die Sache berechnet und anderswo für noch weniger Geld gesättigt hatten, die Nationalhäfte, welche alles billiger und enthaltsamer bewerkstelligt, während die andere so schrecklich über die Schnur haut; ferner die Alzuvornehmen, die der Küche nicht trauten und denen die Gaben zu schlecht waren, und endlich die Armen und die Kinder, welche freilich zuschauten. Aber jene machten keine scheelste Bemerkungen und diese zeigten weder zerrissene Kleider noch böse Blicke; sondern die Vorsichtigen freuten sich über die Unvorsichtigen, der Vornehmen, welchem die Schüsseln voll grüner Erbsen im Zuli zu lächerlich waren, ging ebenso wohlgemut einher, mit der Arme, dem sie verführerisch in die Nase dufteten. Hie und da freilich zeigte sich ein sträflicher Eigennutz, indem es etwa einem fitzigen Bäuerlein gelang, unbezahlt einen verlassenen Platz einzunehmen und friedlich weg zu essen, ohne bezahlt zu haben; und was noch schlimmer war für ordnungsliebende Augen, es entstand deswegen nicht einmal ein Wortwechsel und ein Hinauswerfen.

Der oberste Festwirt stand vor dem weiten Küchentor und blies auf einem Jägerhörnchen das Zeichen zum Auftragen eines Gerichtes, worauf eine Kompagnie Aufwärter hervorbrach und sich mit künstlich eingeübter Schwenkung rechts, links und geradaus zerstreute. Einer derselben fand seinen Weg zu dem Tische, an welchem die Aufrechten und Festen saßen, unter ihnen Karl, Hermine und ihre Freundinnen, Baden oder was sie sein mochten. Die Alten horchten eben eifrig auf einen Hauptredner, der die Tribüne bestiegen, nachdem der Tambour einen kräftigen Wirbel geschlagen. Ernst und gesammelt saßen sie, mit weggelegter Gabel, steif und aufrecht, alle sieben Köpfe nach der Tribüne gewendet. Aber sie erröteten wie junge Mädchen und sahen einander an, als der Redner mit einer Wendung aus Karls Rede begann, die Erzählung der sieben Greise erzählte und hieran seine eigene Rede knüpfte und ausführte. Nur Karl hörte nichts; denn er scherzte leise mit den Frauen, bis ihn sein Vater anstieß und seine Mißbilligung ausdrückte. Als der Redner unter großem Beifall geendigt, sahen sich die Alten abermals an; sie hatten schon viele Versammlungen beigewohnt, aber zum erstenmal waren sie selbst der Gegenstand einer Rede geworden, und sie wagten nicht, sich umzuschauen, so verschämt waren sie, wenn auch überglücklich. Aber wie es der Weltlauf ist, ihre Nachbaren ringsum kannten sie nicht und ahnten nicht, was sich für Propheten in ihrer Nähe befanden, und so wurde ihre Bescheidenheit nicht beleidigt. Um so zufriedener drückten sie einander die Hände, nachdem sie jeder sachte für sich gerieben, und ihre Augen sagten: Nur unentwegt! Das ist der süße Lohn für Tugend und andauernde Vorsichtigkeit!

Worauf Kuser rief: „Nun, dieser Spaß haben wir unserm Meister Karl zu verdanken! Ich glaube doch, wir werden ihm schließlich Bürgis Himmelbett zu sprechen und ihm eine gewisse Puppe dreinlegen müssen. Was meinst du, Daniel Frymann?" — „Ich fürchte auch," sagte Pfister, „daß er mit mein Schweizerbub davonlaufen muß und seine Wette verliert."

Doch Frymann runzelte plötzlich die Stirn und sprach: „Ein gutes Wundwerk wird nicht gleich mit einem Weibe bezahlt! Wenigstens in meinem Hause gehört noch eine gute Hand dazu! Laßt uns, ihr Freunde, den Scherz nicht auf ungehörige Dinge ausdehnen!"

Karl und Hermine waren rot geworden und schauten verlegen in das Volk hinaus. Da ertönte der Kanonenschuß, der den Wiederbeginn des Schießens verkündigte und auf den eine lange Reihe von Schützen, die Büchse in der Hand, gewartet hatte. Augenblicklich knallte es wieder auf der ganzen Linie; Karl erhob sich vom Tische, sagte, nun wolle er sein Glück auch versuchen, und begab sich nach dem Schießstande. „Und ich will ihm wenigstens zusehen, wenn ich ihn auch nicht bekommen soll!" rief Hermine scherzend und ging ihm nach, begleitet von den Freundinnen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210302-16/fragment/page=0002

Die Partei der Schlagworte.

Die unabhängige Sozialdemokratie versucht nach ihrer Katastrophe vom 20. Februar ihre Anhänger wieder zu sammeln. Sie bedient sich hierbei derselben abgeleierten Schlagworte, mit deren Hilfe sie ihren vorübergehenden Erfolg bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 erzielt hatte, und deren Hohlheit innerhalb von acht Monaten ihren Anhängern klar geworden ist. Da sie seit der Spaltung von Halle nicht mehr das Rätesystem und die Diktatur des Proletariats als ein erstrebenswertes Ziel empfehlen kann und da sie sich, praktisch genommen, ausschließlich auf dem Boden des demokratischen Parlamentarismus gestellt hat, muß sie, um ihren Anhängern eine eigene Existenzberechtigung noch vorzutäuschen, entweder die alten Redensarten wiederholen, die in dem Namen „Noske" gipfeln, oder sie muß einen grundsätzlichen Unterschied zwischen ihrer und der sozialdemokratischen Politik vorbringen, nämlich die Stellungnahme zu der Frage, eine Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien unter Umständen erlaubt und notwendig oder prinzipiell verwerflich ist.

Wie steht die grundsätzliche Frage der Zuverlässigkeit der Koalitionspolitik? Das Problem ist sehr einfach, soll man die Republik den bürgerlichen Parteien ausliefern, soll man ihren Schutz gerade denjenigen Parteien überlassen, die entweder ausgesprochene Gegner und nur laue, opportunistische Anhänger der republikanischen Staatsform sind? Und wie läßt sich ein wirksamer Schutz der Republik durchführen, anders als durch die aktive Beteiligung der Arbeiterschaft an der Regierung? Wenn man heute diese Frage an die Unabhängigen richtet, so pflegen sie aus lauter Verlegenheit darauf hinzuweisen, daß die Sozialdemokratie auf diese aktive Mitwirkung zum mindestens im Reiche, aber auch in einigen Landesstaaten, wie in Bayern und Württemberg, verzichtet hat. In der Tat, und das ist der einzige positive Erfolg, den die Unabhängigen bei den Reichstagswahlen durch die Schwächung der Sozialdemokratischen Partei buchen konnten. Wahrlich ein schöner Erfolg! Im Reiche wenigstens ist noch die Regierung im Allgemeinen auf die Neutralität der Sozialdemokratie angewiesen, und sie muß auf die Sozialdemokratie allerhand Rücksichten nehmen, die das Ideal der Ausschaltung der Sozialdemokratie von den Regierungsgeschäften wesentlich mildern. Dennoch wird kein Unabhängiger behaupten können, daß der Arbeiterschaft durch diese Ausschaltung irgendwie gedient wurde. Im Gegenteil ist der Kurs der Reichspolitik im Laufe der Zeit immer reaktionärer und arbeiterfeindlicher geworden, ohne daß es der Sozialdemokratie möglich war, diesem Zustande durch eine Vertrauensentziehung ein Ende zu machen, weil bei der Abstimmungspolitik der Unabhängigen die Gefahr bestand und noch weiter besteht, daß ein Sturz der Regierung Fehrenbach nur die Bildung einer noch reaktionären Regierung mit Einschluß der Deutschnationalen zur Folge hätte. Und in Bayern? Auch dort ist infolge der wüsten Agitation der beiden linksradikalen Parteien gegen unsere Genossen eine rein bürgerliche Regierung gebildet worden, die sich in ihrer Tendenz und ihren Methoden nur wenig von der ungarischen Horthy-Regierung unterscheidet. Das bayerische Proletariat, namentlich in Südbayern, wo Unabhängige und Kommunisten einst ihre größten „Erfolge" auf unsere Kosten erzielten, wird geknebelt, bespitzelt, und verfolgt, schlimmer als in irgend einem andern deutschen Bundesstaat.

Ein republikanisches, sozialistisches Bollwerk, das man sowohl dem Reiche wie auch Bayern entgegenstellen konnte, gab es noch, und zwar Preußen. Wäre die Sozialdemokratie in Preußen durch die Agitation der linksradikalen Parteien ebenso geschwächt worden, wie im Reiche bei den letzten Reichstagswahlen, wäre infolgedessen die alte Koalitionsregierung unmöglich geworden, was würde dann aus diesem letzten Bollwerk geworden sein? Das hat das preußische Proletariat wohl begriffen, indem es in seiner überwiegenden Mehrheit für die SPD. gestimmt hat, und sogar zu einem Teil den unabhängigen Phrasendreschern den Rücken gekehrt und zur alten Sozialdemokratischen Partei wiedergekommen ist. Ueber vier Millionen preußischer Arbeiter haben verstanden, daß der beste Schutz der Republik in der Tatsache liegt, daß eine große, geschlossene, opferbereite, aber auch verantwortungsfreudige Partei führend in der Regierung sitzt, die Verwaltung kontrolliert und erneuert, und sich nicht scheut, sowohl gegen rechts wie gegen links Front zu machen.

Generalstreik der polnischen Eisenbahner.

Der „Ost-Expreß" meldet aus Warschau: Eine Streikdelegation wurde vom Eisenbahnminister abgewiesen und, als sie sich zum Ministerium des Innern begab, dort verhaftet. Der allgemeine Verband der Eisenbahner, der anfangs den wilden Streik verurteilte, hat seit Sonnabend infolge der Militarisierung der Eisenbahnen und der Androhung der Todesstrafe seine Haltung geändert; er ruft jetzt zum sofortigen allgemeinen Streik auf allen Bahnen auf. Die Zentralkommission der polnischen Arbeiterverbände kündigt den Generalstreik an, falls die Militarisierung der Bahnen nicht aufgehoben wird. Die Schutzkommission für Rechtsfragen hat auf Antrag des Abg. Pusiak (Soz.) beschlossen, wegen der Standrechtverkündigung auf den Eisenbahnen den Ministerpräsidenten sowie die Minister des Innern, der Eisenbahnen und des Krieges um ihr Erscheinen im Sejm zu ersuchen, um Aufklärungen zu geben. Die Warschauer Bahndirektion erklärte einem Vertreter des „Narod", daß, falls die bisherigen Maßnahmen ohne Erfolg bleiben sollten, ein Teil der Angestellten mobilisiert und unter militärischem Zwang an die Arbeitsstätten gewiesen würde. Die Streikenden vermeiden es, zu Hause zu übernachten, um einer zwangsweisen „Einlieferung" an die Arbeitsstätten zu entgehen.

Die Posener Eisenbahner haben sich vom allgemeinen polnischen Eisenbahnerverbande getrennt.

Soeben wird bekannt, daß der Vorstand des Eisenbahnerverbandes verhaftet und das Verbandslokal geschlossen wurde. Nach einer Meldung des „Kurier Polski" ergingen auch Haftbefehle gegen die Generalkommission der Gewerkschaften, die den Generalstreik ausgerufen hat. Die militärpflichtigen Eisenbahner wurden als mobilisiert erklärt und militärisch verpflichtet.

Keine Gemeinschaft mit Noske.

S. K. Im „Acht-Uhr-Abendblatt" empfiehlt Gustav Noske die Bildung der neuen Regierung in Preußen unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei. Grund: die Gleichartigkeit der Regierung mit der Reichsregierung. Im „Berliner Tageblatt" legt inzwischen der demokratische Minister Oeser dar, daß die Reibungen zwischen Reichsregierung und preußischer Regierung am stärksten waren, als sie beide ganz gleichmäßig aus den selben Parteien zusammengesetzt waren. Jeder Mensch kann bestätigen, daß die preußische und die Reichsregierung im Sommer 1919 im schwersten Konflikt wegen der Reichsverfassung und der Unterzeichnung des Versailler Friedens lebten, obwohl hier wie dort Sozialdemokraten und Zentrum die ausschlaggebende Rolle spielten. Die Beziehungen Preußens zum Reiche hängen nicht von der jeweiligen Parteienkonstellation ab; der Gegensatz wird vielmehr bleiben, bis der Einheitsstaat weiter fortgeschritten ist. Das Tempo dieses Fortschrittes hängt leider nicht von Preußen, sondern von Süddeutschland ab. Die Beschlüsse aus den Parteiorganisationen lassen inzwischen erkennen, daß Noske sich leider in dieser Frage von der ganzen übrigen Partei getrennt hat. Vom Rhein bis nach Schlesien gehen die einmütigen Entschlüsse dahin, jede Verbindung mit der Stinnes-Partei abzulehnen und wenn möglich, die alte Koalition aufrecht zu erhalten; wenn nicht, den bürgerlichen Parteien die Bildung der Regierung zu überlassen. Wir sind gewiß, daß auch die sozialdemokratische Fraktion so entscheiden wird.

Der „Vorwärts" schreibt noch zu dem Artikel Noskes:

„Bei dieser Gelegenheit wollen wir aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß es bisher eine gute Gepflogenheit in der Partei war, strittige Parteifragen nicht vor dem Forum bürgerlicher Zeitungsleser zu erörtern. Ob die Sozialdemokratie in die Regierung eintritt oder nicht, ist eine Frage, über die man sich innerhalb der Partei und ihrer Presse aussprechen und verständigen kann. Für solche Erörterungen die Spalten bürgerlicher Blätter in Anspruch zu nehmen und deren Sensationsbedürfnis zu befriedigen, sollten gerade alte Parteigenossen vornehm, aber entschieden ablehnen."

Der Fall Kupka. Der Oberschlesische Justizbeamtenbund hat in der Angelegenheit des Prozesses Kupka an die Interalliierte Kommission ein Protestschreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß General Le Rond den Justizbeamten seinerzeit die Zusicherung gegeben habe, daß Eingriffe in die Rechtspflege im oberschlesischen Abstimmungsgebiet nicht mehr vorkommen würden. Infolgedessen hätten die Beamten damals die Arbeit wieder aufgenommen. General Le Rond habe jedoch sein Wort nicht gehalten. Die Behauptung der Interalliierten Kommission, daß es sich bei dem Prozeß Kupka um eine politische Strafsache handele, sei unrichtig. Es handele sich vielmehr um die Aufklärung eines gemeinen Mordes. Das Verhalten der Kommission müsse den Anschein erwecken, als wenn ihr die Aufklärung gewisser Vorgänge durch den Prozeß unangenehm sei.

Kein Krieg in Zentralamerika.

Washington, 1. März. (Reuter.) Nach einer Mitteilung des Militärattachés von Panama ist der Krieg, der zwischen Panama und Costarica gedroht hat, anscheinend infolge der Kapitulation der Truppen von Costarica in Coto vermieden worden.

Griechische Proteste gegen die Beschlüsse der Londoner Konferenz.

Paris, 1. März. (Reuter.) Nach einer Havasmeldung aus Athen sind in allen Städten Griechenlands wegen der Londoner Beschlüsse betreffs Einsetzung einer internationalen Kommission aus eigenem Antrieb Einsprüchsversammlungen abgehalten worden. Es gelangten Entschließungen zur Annahme, wonach die Griechen niemals zustimmen werden, daß, was ihnen auf Grund der gebrachten Opfer gehört, wiederherzugeben. In Athen wurde in einer Versammlung, an der die Arbeiterorganisationen und die Leiter aller Parteien, darunter der venizelistischen, teilnahmen, eine Entschließung in gleichem Sinne angenommen.

Zu den Wahlen in Südafrika.

Gelegentlich der letzthin stattgefundenen Wahlen in der Union von Südafrika hat die Vereinigte Partei des vom Völkerbund her zutbekannten General Smuts einen Wahlsieg über die Nationalisten und über die Arbeiterpartei erfochten. Die Arbeiterpartei hat eine große Niederlage erlitten. Sie hat die Sozialisierung der Bergwerke in ihr Wahlprogramm aufgenommen und die Gleichberechtigung der Eingeborenen gefordert bezüglich des Arbeitsverhältnisses usw. Diese Forderungen scheinen unter der dortigen weißen Bevölkerung — Engländer und Buren — nicht volkstümlich zu sein. Die Engländer sind nach dem Burenkrieg mit großer diplomatischer Klugheit in diesen Ländern — Kapland, Transvaal, Orange und Natal — vorgegangen, sie vereinigten dieselben unter einer weitgehenden Autonomie und haben den Buren ihre sprachlichen Rechte eingeräumt.

Während des Krieges lebten aber diese nationalen Gegensätze wieder auf, und dadurch ist die nationalistische Partei zu Bedeutung gelangt. Von diesen nationalen Gesichtspunkten abgesehen, vertreten beide großen Parteien die Interessen des Bergbaukapitalismus. Es soll daran erinnert werden, daß in diesem Staat die größten Goldmengen der Welt gefördert werden, besonders in Transvaal und Kapland. Neunzig Prozent der erzeugten Goldmengen werden nach England ausgeführt. Auch Diamanten kommen in erheblicher Menge vor. So ist das Land, welches als Englands Goldkammer betrachtet wird, für dieses besonders wichtig. Es fragt sich nur, ob England es behalten kann, wenn einmal neben den Nationalisten, die u. E. übertriebene Forderungen vertreten, einmal auch die zurückgedrängten und entrechteten Eingeborenen zum Bewußtsein erwachen, um mit Hilfe der Arbeiterschaft ihren Kampf auszufechten.

Ausnahmegesetzgebung in Australien.

(F. P.) **Sydney**, N. S. W. Während die Arbeiterregierungen der zum australischen Staatenbunde gehörenden Staaten Queensland und New-Süd-Wales konsequent eine sozialistisch gerichtete Politik verfolgen, sieht die australische Gesamtregierung durchaus unter dem Einfluß des britischen Kolonialministeriums. Diese Tatsache wird besonders deutlich gemacht durch ihre gesetzgeberischen Maßnahmen. So hob die Regierung jetzt — also erst zwei Jahre nach Kriegsbeendigung — das Gesetz über den Belagerungszustand (War Precautions Act), ein dem amerikanischen Spionagegesetz und dem englischen „Defense of Realm Act" ähnliches Gesetz — zwar auf, jedoch nicht, ohne an seiner Stelle sofort ein anderes zu erlassen, das dem aufgehobenen als Unterdrückungsmaßregel in nichts nachsteht. Das neue Gesetz präsentiert sich durchaus als ein gegen die Arbeiterschaft gerichtetes Ausnahmegesetz. So verbietet es beispielsweise jede Kritik des gegenwärtigen (kapitalistischen) Wirtschaftssystems und jegliche Propaganda, die sich gegen dies System richtet.

Die wirtschaftlichen Zustände Irlands. Dieses unglückliche Land befindet sich auch wirtschaftlich in den elendesten Zuständen, welche zumeist als Rückwirkung der politischen Lage entstanden. Der Außenhandel ist unterbunden, der Boykott gegen die im nördlichen Irland (Ulster) hergestellten Waren verursacht großen wirtschaftlichen Schaden. Die Meereien sind niedergebrannt, der Wohnungsbau ist eingestellt. Große Arbeitermassen sitzen im Gefängnis. So ist durch eine heillose Politik der wirtschaftliche Ruin herbeigeführt worden.

Gewerkschaftliches.

Ein neues Beispiel kommunistischer Gewerkschafts-Zersplitterung.

Nach dem Halleschen Gemeindearbeiterverband die Holzarbeiter in Delitzsch.

An einem nicht mehr zu überbietenden Falle soll erneut bewiesen werden, mit welcher geradezu verbrecherischen Unverantwortlichkeit mühevoll aufgebaute Gewerkschaftsorganisationen durch das Moskauer Verwirrungsmanöver nicht nur zerschlagen, sondern selbst nach den verheerenden Wirkungen dieser Irrlehre am Wiederaufbau gehindert werden.

Die ehemals 50—60 Mitglieder zählende Zahlstelle Delitzsch des Deutschen Holzarbeiterverbandes ist seit Mitte Oktober v. J. durch die kommunistische und unionistische Wühlarbeit Schritt für Schritt zu Grunde gerichtet worden. Dauerndes Herunterreißen und mit Schmutz bewerfen jeder gesunden Gewerkschaftsarbeit, sowie das heuchlerische Verächtlichmachen aller gewerkschaftlichen Erfolge und errungenen Vorteile für die Arbeiterschaft, bewirkte letzten Endes, daß das Vertrauen der Mitglieder zur Organisation schwinden mußte. Verleumdungen und Hetzereien gegen die im Dienste der Arbeiterbewegung erprobten und tätigen, vom Verantwortungsgefühl und Pflichtbewußtsein getragenen Führern der Organisationen feierte Triumphe und künstlich genährte Mißtrauen wird mit Berechnung auch gegen die Organisationen selbst gelenkt. Alle verantwortungsvollen Leiter und Funktionäre werden mit Schmutz beworfen, die Masse wird unsichmeichelt. Ihr sucht man weis zu machen, daß sie ohne die Führer und gegen die Führer viel besser ihr Ziel erreichen könne. Dieser Kampf gegen die Gewerkschaften der in der Hauptsache mit dem fleißigen Gebrauch radikaler Reden und anonymer Flugblätter von zwei gewissenlosen Drahtziehern geführt wird, verrät starke Anklänge an die anarchistische Gedankenwelt und äußert sich sehr der Arbeit von Lodspitzeln. Das reaktionäre Unternehmertum hat das höchste Interesse daran, möglichst zerrüttete und kampfunfähige Arbeiterorganisationen sich gegenüber zu sehen. Anstatt die wirtschaftliche, materielle und geistige Lage der Arbeiterschaft durch die geschlossenen gewerkschaftlichen Organisationen zu heben, wird ein denunder geradezu vergiftender, jede gesunde Denkweise verwirrender Kampf gegen die einzig noch intakten Klassenorganisationen und deren Einrichtungen geführt. Dieser Kampf wird geführt von solchen Elementen, die ehedem im gegnerischen und gelben Lager oft eine recht traurige Rolle gespielt und heute noch keiner Gewerkschaftsorganisation angehören oder in deren Mitgliedsbuch die Tinte vom Eintritt kaum trocken ist. In dieser Zeit der Not wird die wirtschaftliche Not der Arbeiter von gewissenlosen Drahtziehern mißbraucht, nur um lediglich die Suppe eines wahnsinnigen Parteifanatismus zu kochen.

In diesem dunklen Sumpfe gedeiht auch der Wurm der Zwietracht und Zerrüttung bei den Delitzscher Holzarbeitern. Jede Arbeit für den Verband wurde ihnen verekelt und völlige Interessenlosigkeit war die Folge. Anstatt die Mitglieder in der Organisation zu stärken und zu festigen, trieb der ehemalige Vorsitzende der Zahlstelle unionistische Propaganda. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben wurden die denkbar schlechtesten. In dieser Situation der völligen Kopflosigkeit, für welche einzig und allein die kommunistischen Drahtzieher verantwortlich sind, erklärten, zweifellos ebenfalls durch äußere Einwirkungen, die reitlichen etwa zwei Dutzend Mitglieder Anfang Februar ihren gemeinsamen Austritt aus der Organisation. Man wollte der Union beitreten, so wurde erklärt. Bis auf den heutigen Tag hat dies wohl noch keiner der Ausgeschiedenen getan. Das ist ja eben das Charakteristische, daß nach solchen Zertrümmerungsakten die Masse wild und indifferent bleibt und durcheinanderläuft, die Gelegenheit benutzt von der Gewerkschaftsorganisation loszukommen. Das ist dann gewöhnlich der goldene Schreier Elan und so steht dann in Wirklichkeit die von den überradikalen Phrasenhelden mit soviel Lungenkraft betriebene Revolutionierung der Gewerkschaften aus.

Nach welcher Art Moskauer Fälschung man dabei in Delitzsch verfahren hatte, geht daraus hervor, daß man einfach ohne bei den einzelnen Mitgliedern groß Umfrage zu halten, dieselben beim Hauptvorstand als „ausgetreten" gemeldet hatte. Der Gauvorstand in Magdeburg beauftragte den Kollegen Winkler (Halle) mit der Untersuchung der Vorgänge, und dieser stellte sehr bald die völlige Irreführung der Mitglieder fest. Es gelang ihm auch, bei einem größeren Teile der ehemaligen Mitglieder den gesunden Sinn zurückzugewinnen und sicherte somit die Wiedereröffnung resp. den Fortbestand der Zahlstelle. Zum 20. Februar wurde eine Versammlung einberufen, um auch den übrigen irregeleiteten Holzarbeitern Gelegenheit zu geben, sich wieder zurückzufinden und die wiedereröffnete Zahlstelle zu festigen. Es hatte sich auch eine größere Anzahl eingefunden, so daß die Versammlung den Verhältnissen entsprechend gut besucht war. Zur größten Ueberraschung hatten sich aber auch drei ungeheilte Gäste, die kommunistischen Heilgehilfen Müller, Münch und Schäfer von der Hallischen Ortsverwaltung eingefunden, die mit den Angelegenheiten anderer Zahlstellen absolut nichts zu tun haben, denn das ist Sache des Gauvorstandes resp. seiner Beauftragten. Wenn die Sache nicht gar zu ernst wäre, hätte man geradezu lachen können. Es sah wirklich aus, als sei eine kommunistische Hochburg in Gefahr, die es zu retten gälte. Deshalb hatte man geglaubt, gleich drei, sich immerhin für große Kanonen haltende, in Wirklichkeit so ganz kleine Spießbürger auf die kaum zwei Dutzend Delitzscher Holzarbeiter loslassen zu müssen. Nach sachlicher, ruhiger Aussprache über die Ursachen der Zerrüttung und der Leistung praktischer Gewerkschaftsarbeit schien die Versammlung ihrem würdigen Ende entgegen zu gehen. Aber wir hatten unsere Rechnung ohne die anwesenden, hörter wie Alkohol wirkende Elemente gemacht. Die Moskauer Heilgehilfen wollten nicht unsinnig gekommen sein. In der bekannten demagogischen Weise, sowie unter Anwendung aller hysterischen Phrasenkraft und Moskauer Verdrehungskünste, ließen die beiden schon hinlänglich bekannten Müller und Schäfer wüste Schimpfereien auf die verhaßten Opportunisten und Menschewisten vom Stapel. Nicht auf einige Groschen Lohnerhöhung komme es an, auch nicht darauf, ob jede Woche die Verbandsmarke ins Mitgliedsbuch geklebt werde, sondern man müsse vor allem die Bonzen im Hauptvorstand, die Verräter und Bürokraten beseitigen, welche die revolutionäre Masse am Kampf hinderten. Sie seien die Wechselbunde des Kapitals und haben während des Krieges die deutschen Arbeiter nach Frankreich geschickt um den französischen Arbeitern die Hälfte abzuschneiden. Sie verhinderten die Kontrolle der Produktion und seien auch schuld, daß in Deutschland bei 60 Millionen Einwohnern 10 Millionen Arbeitslose ohne Erwerb stehen. Man muß wirklich gestehen, wenn sich die denkenden Arbeiter solche Phrasen auch nur ein Viertelstündchen anhören müssen, so kommt diese tatsächlich nach eigenem kommunistischen Geständnis stärker als Alkohol. Eine Klage müssen wir uns jedoch an den spießbürgerlichen Schlagwortmüller gestatten. Ist er wirklich schon so berauscht, daß er das Märchen von den 10 Millionen Arbeitslosen in Deutschland auch nur annähernd glaubt. Ist das Elend der Arbeitslosen noch nicht so groß genug, wenn wir es bei der einen Million Erwerbslosen belassen? Müller ist doch wahrlich echter, vom Moskauer Rezept stark angeheiterter „Kommunist" und es steht ihm schlecht an, daß ungeheure Elend der aus dem Produktionsprozeß hinausgedrängten Arbeitslosen ins Lächerliche zu ziehen, es für radikale Schlagwörter zu mißbrauchen, oder gar wie im vorliegenden Falle je nach Bedarf ins zehnfache zu steigern.

Bilden nun schon diese verwirrlichen Methoden, die zu solchen Verwirrungen der Arbeiterschaft führen, daß sie ihren wirtschaft-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210302-16/fragment/page=0003

lichen Kampforganisationen den Rücken kehren, offenen Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen. Es ist es geradezu der Gipfel der Unverantwortlichkeit, wenn selbst Angestellte der Gewerkschaften in dem Augenblick, wo die eigene Organisation wieder aufgebaut und gefestigt werden soll, aus blindem Parteihaß diese neugelegten Keime in so gemeiner Weise zu ersticken suchen. Nicht genug damit, daß Anhänger derselben Leute den Massen jede Lust an der so notwendigen gewerkschaftlichen Organisationsarbeit verekeln, nein, der blinde Parteifanatismus geht heute so weit, daß jede beginnende Arbeit bereits im Keime verpfiffet wird. Solche Schädlinge der Arbeiterbewegung wie die hier gekennzeichneten, besorgen wirklich im wahrsten Sinne des Wortes die Geschäfte der Reaktion und des koalierten Unternehmertums. Die Arbeiterschaft betrachtet sie als ihre Angestellte. Das ist der wahre Kern der Moskauer Lehre in seiner ganzen Blöße.

Nicht uninteressant wäre zu fragen: Haben denn die beiden Angestellten der Hallischen Holzarbeiter gegenwärtig weiter nichts mehr zu tun als im Interesse der kommunistischen Partei in der Welt herum zu reisen. Wie ist es möglich, daß an einem Freitag nachmittag, an welchem sich der Hauptgeschäftsverkehr im Büro abwickelt, beide Angestellte sich im Dienste der kommunistischen Partei mit dem sogenannten Zellenlegen beschäftigen und sich noch einen Dritten, als schlagfertig und faustfest bekannten Sekundanten mitgeben lassen. Sind die Müller und Schüler in ihrem Rausch wirklich so unfähig, daß sie ihre so notwendige Arbeit vor allem Nebel nicht sehen? In der Bürsten- und Pinselindustrie müssen Arbeiterinnen seit Wochen weit unter den tariflichen Mindestlöhnen nach Hause gehen und mancherlei Klagen aus anderen Betrieben kommen fast täglich an. Diese abgestellten haben scheinbar die Müller und Schüler keint. Sie stehen im Dienste und unter dem Kommando der kommunistischen Partei und die Mitglieder haben das Recht solche Gewerkschaftszertrümmerer mit ihren Geldern zu bezahlen, die ganz gleich, ob bewußt oder unbewußt die Geschäfte der Reaktion besorgen. — Wie lange noch. —

E. W.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Seinen 70. Geburtstag feiert heute der frühere Senior der bekannten Schulsfabrik Conrad Tack & Cie, Aktiengesellschaft, Burg bei Magdeburg, Herr Wilhelm Krojanker. Der gealtete Jubilar steht noch heute an der Spitze des Unternehmens, das ca. 3000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt.

Briefkasten der Redaktion.

K. R., V. Vereinsstraße. Ihr Artikel ist für die Volksstimme nicht druckreif. Drei Viertel aller Beamten wären froh, wenn sie ein Einkommen von 24 000 Mark jährlich hätten. Das Manuskript liegt zur Abholung bereit.

Persil

wäscht schneeweiß, ersetzt Rasenbleiche, schont und erhält die Wäsche, spart Arbeit Seife u. Kohlen.

Bestes und billigstes selbsttätiges Waschmittel

Preis Mk. 4.— das Paket

Henkel & Cie., Düsseldorf.

Wollen Sie sich **retten**, ich bringe Ihnen schnelle **Hilfe!** Ohne jede Berufsstörung gebraucht die **kluge Frau** mein wirksames Spezialmittel bei **Regel- u. Blutstockungen.** Höchste Garantie für Unsäglichkeit. Erfolg schon in 2–3 Tagen. Geld zurück. Viele Dankschreiben vorhanden, welche die Güte und Wirkung meines Spezialmittels erweisen. Schützen Sie sich vor minderwertigen Nachahmungen, die von allen Seiten durch große Reklame angeboten werden und wenden Sie sich, wenn Ihnen wirklich geholfen sein soll, unter Mitteilung, wie lange Sie schon leiden, vertrauensvoll immer nur an **B. Böcker** diskreter Versand. **Hamburg, Neue ABC-Str. 18, II.**

Wir empfehlen zum Abonnement

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

Preis für das Heft M. 1.50

Jeder Parteigenosse, der sich um die Entwicklung und Klärung der Parteiinteressen kümmert, sollte auch Leser der Neuen Zeit sein

Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen

Holzpantoffeln

starkes Lederblatt (Friedensware)

liefert billigst

Otto Fricke, nur Kl. Ulrichstr. 9, im Hof.

Wiederverkäufer Vorzugspreise.

Amtliche Bekanntmachungen.

Weißenfels

Pflegestelle für einen 9jährigen Knaben.

Wir benötigen für einen 9jährigen Knaben für sofort eine geeignete Pflegestelle.

Dieser gern Familien, die damit sind, den Knaben in Pflege und Erziehung zu übernehmen, wollen sich unter Angabe der Pflegegeldansprüche schriftlich an uns wenden oder aber in unserem Sekretariat, Rathaus, Zimmer 7, vorstellig werden.

Weißenfels: Der Magistrat Armenverwaltung.

Der Pfaffenspiegel

Historische Denkmale des Fanatismus in der römisch katholischen Kirche von

Otto v. Corwin.

Diese lange Zeit verpönten gewesene geschichtliche Historie aus dem Pfaffen- und Klosterleben ist neu bearbeitet und mit dem früher verboten gewesenen Stellen ergänzt in einem schönen Bande, 375 Seiten stark, gesammeltrum Preise v. 15 Mk. zu haben in der **„Buchhandlung der Volksstimme“,** Gr. Ulrichstraße 27.

Konfirmanden-Anzüge

aus soliden Stoffen und in guter Verarbeitung, in **blau, marengo** und **sonstigen Modefarben** in den Preislagen:

680.— 450.— 395.— 375.— 340.— **bis Mk. 160.—**

Alle Art **Berufskleidung** als: blaue Schutzanzüge, Malerkittel, Friseur-, Bäcker- u. Kellerjacken etc. in großer Auswahl zu den niedrigsten Tagespreisen.

Kragen, Manschetten, Schlipse, Taschentücher, Konfirmandenhüte empfiehlt

Otto Dobkowitz, Merseburg.

Neu! Neu!

Soeben erschienen!

Heimliche Abtreibung oder ärztlicher Eingriff

Warum sind die §§ 218 und 219 des St.-G.-B. ein schweres Unrecht an werdenden Müttern

Aufklärungsschrift über die Abtreibungsparagraphen

von Dr. Kronheim Arzt in Brandenburg (Havel)

Anerkannt von bekannten Persönlichkeiten

Preis Mk. 1.50

Zu beziehen durch: **Buchhdlg. Volksstimme,** Große Ulrichstraße 27.

Gebt Euren Kindern **Kinder-Nährzwieback** aus feinst. weiss. Mehl W. Große, Goethestrasse 7.

1687 **Vernickeln, Erneuern** von Metallgegenständen jeder Art führt aus Fer. Haassengler, Metallwarenfabrik Barkhausstr. 9. Telefon 1196. Gegründet 1839.

Kaufgesuche

Gold-, Silber Platin-Bruch, Zahngebisse! alte Münzen! kauft zu höchsten Preisen **Wessner,** Fleischerstraße 18,

Vermischtes

Schmierseife Seifenpulver Kernseife empfiehlt für Wiederverkäufer und Großbet. **F. W. Paul Richter** Halle a. d. S., Magdeburgerstraße 11 Fernruf 5797.

Starke dauerhafte **Rucksäcke** sehr preiswert bei **H. Krasemann,** Leder-Spezialgesch. nur Schmeerstr. 19

Schnittwaren-Geschäfte

Händler sowie Schneider u. Schneiderinnen finden vorteilhafte Lagerposten in allen

Manufaktur-Waren

Abteilung Großhandel

R. A. Otto Herrmann Magdeburgerstraße 9.

Margarine vorzüglich im Geschmack Pfund Mk. **9.80**

Landwurst Pfund 20.00 **17.00**

Kondensierte gezuckerte Vollmilch Dose **19.00**

Schokolade, Tee, Kakao

Kaffee frischgebr. 5.75 **5.00**

Kokosflocken Pfd. **3.75**

Himbeersaft in Flaschen, garantiert rein!

Langkäse in gr. Auswahl

Grüne und gelbe Erbsen Pfund **1.50**

Steinpilze 1 Pfund-Dose 7.50, 2 „ „ 13.90

W. Blos Leipzigerstr. 5.

Sardellen

Reparaturen an Uhren Golds und Silberwaren, sowie Schmuckach. übernimmt der sich Ausführ. zu normalen Preisen **H. Lerner,** Uhren-Reparatur-Werkstatt Große Steinstraße 85. (gegenüber Barfüßerstraße).

Prima **Vollheringe** per Pfd. 1.50

Heringsmilch und -Rogen Pfund 1.40

Karl Pfeiffer, Neumarkt-Fischhalle, Geiststr. 33 Tel. 6658.

Die **billigste Einkaufsquelle** ist und bleibt das Wäsche- und Wollwaren-Lager **Gr. Ulrichstraße 25,** Ecke Jägergasse.

Damen-Hemden, gute Qual., mit Stickerei 26,75 34,75 41,75

Damen-Beinkleider in guter Qual. u. verschiedenen Ausführungen 29,75 34 75 39,75

Unterröcken in guter Qual. mit reicher Stickerei 9,75 14,75 16,75

Nachthemden gute Verarbeitung in bester Qualität 36,75 39,75 41,50

Bett-Bezüge mit extra großen Kissen, hergestellt in eigener Werkstatt, weiß. gute Qual. mit 2 Kissen 114,75

Kattun, schöne Muster 149,75

Züchen kariert, viele Dessin 174,50

Linon mit Bordadekissen 195,00

Herren-Normal- u. Einsatzhemden 39.75 42.50 49.75 54.75

Kinderhemden 14.75 16.75 18.50 21.75

Handtücher 5.75 9.50 11.75 14.50

Hemdentuch 7.95 11.75 13.50 14.75

Barchent 9.95 11.75 13.50 15.75

Ferner: Berkols für Oberhemden, Drucksstoffe, Dirndlstoffe, Kattun sowie sämtl. Strumpf- u. Kurzwaren zu wirklich billigen Preisen. Ein Blick in unser Schaufenster beweist alles!!

Wäsche- und Wollwaren-Lager, früher Partiewaren-Lager. Gr. Ulrichstraße 25 Ecke Jägergasse.

Stadt-Theater

Donnerstag, d. 3. März, Anfg. 7½, Ende 9¼ Uhr: **Tiefland.** Freitag: Fidelio.

ZOO. Donnerstag, d. 3. März abends 8 Uhr **VI. Gesellschafts-Konzert** v. Philharm. Orch. Leitg.: Obermusikmstr. K. Steuer. Solist: Opernsänger Hugo Bergholz (Tenor). Einnahmepreis für Nichtabonnenten 2,— Mk.

Apollo-Theater Tägl. 7½! Mit Riesenlacherfolg Die **Scheidungsreise** Rechtzeitig Plätze bestellen

Sohlleder-Ausschnitt empfiehlt billigst **Paul Andersch,** Magdeburgerstr. 8.

Heute im **ZOO grosser Maskenball**

Freitag, 4. März, 8 Uhr, „Mozartsaal“ **Künstlerischer Vortragsabend** **Roland S. Schwarz** Rezitation. Dichtungen von Geibel und Dingelstedt. **Erna Lange-Cornill** Gesang. Lieder v. Wagner, Strauss, Reger, d'Albert, Cornill u. a. Am Klavier: Chordirektor **Karl Klanert.** Ibachflügel von B. Döll. Kart. 6, 5, 3, 2 Mk. u. Steuer bei Heinr. Hothan

„Schützenhaus“ Hohenmölsen Sonntag, den 6. März, nachm. 4 Uhr **Großer Ball** zum Besten des Gedenksteins der Märzgefallenen. Um gütigen Zuspruch bitten **Der Wirt.** Der Vorstand des Zentralverbands proletarischer Freidenker Deutschlands Ortsgruppe Hohenmölsen.

Eisleben.

Achtung! Karteldelegierte!

Alle auf dem Boden des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes stehenden Karteldelegierten (nicht der III. Internationale angeschlossenen) werden zu einer

wichtigen Besprechung

auf **Donnerstag, den 3. März,** abds. 8 Uhr, nach dem **Bürgergarten,** Nikolaistrasse, eingeladen. Der Einberufer.

Zum Schulanfang empfehle Schultornister, Schultaschen, Schieferkasten, Schiefertafeln, Frühstückstaschen, Schultüten sowie sämtliche Schulartikel nach Vorschrift. **Albin Hentze,** 24 Schmeerstr. 24

Mais- schrot grieß, Mais, la Plata Reis, Hirse roh u. geschält, Hühner- u. Taubenfutter billigst **„Eiverog“ e. G. m. b. H.** Gr. Märkerstraße 5.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr

Machen Sie sich's bequem! Zu ganz besonders leichten Bedingungen verkaufe ich **Auf Kredit** Herren-Anzüge, Burschen-Anzüge, Konfirmanden-Anzüge, Knaben-Anzüge, Cutaways, Schuhe für Herren u. Damen, Hemden für Herren u. Damen, Bettbezüge weiß u. bunt, Inletts, Handtücher, Bettücher, Barchent, Gardinen, Kleiderstoffe, Blusenstoffe. **Carl Klingler** 11 Halle Leipzigerstr. 11 Eingang Sandberg. Kein Laden nur I. Etage.

Lieferung nach auswärts. Bei Anfragen Porto beifügen.

in der II. u. III. Etg. finden Sie **Möbel** in großer Auswahl. Besonders moderne **Küchen und Schlafzimmer**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210302-16/fragment/page=0004

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 2. März 1921.

Neue Steuern für Halle.

Wie unseren Lesern schon kurz mitgeteilt wurde, beabsichtigt der Magistrat folgende Steuern, resp. Steueränderungen einzuführen:

Erhebung einer Wertzuwachssteuer.

Dazu gibt der Magistrat nachstehende Begründung:

Die Vorschläge zum Etat des Jahres 1921 werden nach vorläufigen Feststellungen einen Mehrbedarf von etwa 14 bis 15 Millionen Mark erfordern, der nur zum Teil durch Einschränkung der Ausgaben eingebracht werden muß. Zum eine Steuerquelle wird aber zur stärkeren Erfassung besser geeignet sein, als der unverdiente Wertzuwachs am Grund und Boden. Man wird hiergegen auch nicht einwenden können — wie es hier und da geschehen ist —, daß die gegenwärtig beim Verkauf von Grundstücken und Häusern erzielten höheren Preise lediglich in dem geringeren Wert des Geldes begründet seien und daß infolgedessen die Wegsteuerung eines Teiles des Wertzuwachses eine ungerechte Härte bedeute. Diese Behauptung geht für den Regel-Fall von durchaus irrigen Voraussetzungen aus, denn die Erfahrung zeigt täglich, daß beim Verkauf normaler Mietshäuser, insbesondere solcher, die längere Zeit im Besitz des letzten Verkäufers waren, ein steuerpflichtiger Wertzuwachs tatsächlich in der Regel nicht erzielt wird — eine Tatsache, die in der verschlechterten Rentabilität der Mietshäuser bei der Begrenzung der Mietssteigerungen ihren natürlichen Grund hat. — Das gleiche gilt für den Verkauf von Bauplätzen. Ausnahmen finden sich nur dort, wo von Käufern, die während des Krieges zu Gelde gekommen sind, Liebhaberpreise bezahlt werden, sei es, daß diese Leute ihr Geld in unbebauten Grund und Boden anlegen wollen, sei es, daß sie ein Haus in bezugfertiger Wohnlage erwerben, um darin für sich selbst eine angenehmere Wohnung zu erlangen. Fälle dieser Art sind es fast ausschließlich, in denen zurzeit ein erheblicherer Wertzuwachs erzielt wird, und man wird es kaum als unbillig bezeichnen können, wenn solche Zufalls- und Konjunktur-Gewinne schärfer besteuert werden; um so weniger, als es dem Verkäufer nicht schwer fallen wird, einen erheblichen Teil der Steuer in Form eines höheren Kaufpreises dem kaufsüchternen Liebhaber aufzuerlegen. Der Mehrertrag der Steuer gegenüber dem auf der bisherigen Grundlage erzielten Steuer-Ertrage wird sich allerdings nur in verhältnismäßig bescheidenen Grenzen bewegen. Wir schätzen ihn auf etwa 250 000 bis 300 000 Mark. Aber selbst diese Mehreinnahme ist für unseren notleidenden Etat willkommen und notwendig.

Betroffen wird von dem Entwurf jede Art von Grundstücken und Bergwerken. Als steuerpflichtiger Wertzuwachs gilt der Unterschied zwischen dem Erwerbspreis und dem Veräußerungspreis. Findet eine Preisvereinbarung nicht statt, oder ist der Preis nicht zu ermitteln, so wird der Steuer der gemeine Wert des Grundstücks zugrunde gelegt. Als äußerster Zeitpunkt für die rückläufige Erfassung des Wertzuwachses ist der 1. Januar 1871 festgesetzt. Von dem Veräußerungspreis sind in Abzug zu bringen bei bebauten Grundstücken alle nachgewiesenen Ausgaben für Neu-, Um- und Anbauten, sowie für sonstige dauernde besondere Verbesserungen, und zwar mit demjenigen Betrage, der dem Werte der Bauten und Verbesserungen zurzeit des Verkaufs entspricht.

Die Steuer beträgt:

10% des Wertzuwachses bei einer Wertsteigerung von 10 bis ausschließlich 20% des Erwerbspreises.

13%	bei einer Wertsteigerung	von 20%	bis ausschl.	30%
16%	„ „ „	„ 30%	„ „	40%
19%	„ „ „	„ 40%	„ „	50%
22%	„ „ „	„ 50%	„ „	60%
25%	„ „ „	„ 60%	„ „	70%
50%	„ „ „	„ 140%	und mehr.	

Die Steuer erhöht sich bei einer Eigentumsdauer bis zu 1 Jahr um 90 Proz., bis zu 2 Jahren um 70 Prozent, bis zu 5 Jahren um 10 Proz. sie darf jedoch 70 Proz. des Wertzuwachses nicht übersteigen. Die Steuer ermäßigt sich von dem Beginn des 7. Jahres ab in den ersten 10 Jahren um je 1 Proz., in weiteren 10 Jahren um je 2 Prozent. Der zu spekulativen Zwecken erworbene unbebaute Grundbesitz ist von dieser Vergünstigung ausgeschlossen. Steuerpflichtig ist der Verkäufer; kann von diesem die Steuer nicht eingetrieben werden, so haftet der Käufer 2 Jahre bis zu einem Betrage von 2 Proz. des Veräußerungspreises. Ansiedlungsvereinigungen gemeinnütziger Art sind von der Steuer befreit.

Es ist selbstverständlich, daß unsere Vertreter im Stadtparlament dieser Steuer ihre Zustimmung erteilen werden. Sie war als eine der gerechtesten Steuern schon längst von unserer Seite als notwendig im Hinblick auf die schlechte Finanzlage der Stadt gewünscht worden. Erwähnt sei noch hierzu, daß die Kommunisten, wie der „Klassenkampf" schreibt, dieser Steuer ebenfalls zustimmen werden. Und das will schon etwas heißen .....

Abänderung der Gewerbesteuerordnung.

Diesem Steuerentwurf ist folgende Begründung beigegeben:

Die Steigerung der Gewerbesteuer-Erträge soll dadurch erträglich gestaltet werden, daß die stärkeren Schultern vorwiegend höher belastet werden, während die kleinen Gewerbetreibenden mit einer Mehrbelastung verschont bleiben. Auf diese Weise würde der Mehr-Ertrag in der Hauptsache durch die beiden ersten Steuerklassen aufgebracht werden, während Klasse III nur eine geringfügige, Klasse IV aber überhaupt keine stärkere Belastung als bisher erfahren würde. Um dieses Ziel zu erreichen, wird vorgeschlagen, die bisher nur sehr geringfügige Vorausbelastung der oberen Klassen (§ 2 der Steuer-Ordnung) wesentlich zu erhöhen, indem die Staats-Steuersätze bei den Steuerpflichtigen der Klasse I vorweg mit 150 Proz. die der Klasse II mit 100 Proz., die der Klasse III mit 50 Proz. Zuschlag belegt werden.

Ferner soll zur Hebung des Ertrages eine Erhöhung der Zuschlagsprozente nach § 4 der Steuerordnung vorgesehen werden, die von denjenigen Gewerbetreibenden erhoben werden, welche Angestellte und Arbeiter beschäftigen. Der bisherige sehr geringe Zuschlag von 5 Proz. hatte so gut wie gar keine Wirkung, was sich ohne weiteres aus dem geringen Ertrag ergibt, der aus dieser besonderen Belastung bisher erzielt worden ist: Er belief sich nur auf etwa 34 000 M. Vorgeschlagen wird, den Zuschlag gemäß § 4 cit. auf 50 Proz. zu erhöhen, und zwar unter Fortfall der bisherigen Begrenzung hinsichtlich der Zahl der beschäftigten Personen; die bisherige Erhebung des Zuschlages erst von 51 beschäftigten Personen an führt erfahrungsgemäß zu Unbilligkeiten. Die vorgeschlagene Erhöhung des prozentualen Zuschlages ist u. E. der Erhebung einer festen Kopfsteuer vorzuziehen, da der prozentuale Zuschlag sich den gewerblichen Erträgen anpaßt, also wiederum den stärkeren Schultern mehr, den schwächeren weniger zumutet, während der feste Kopfsteuerlatz wahllos starke und schwache Schultern gleich stark belastet, also zweifellos ungerecht wirkt.

Werden die erhöhten Zuschläge gemäß §§ 2 und 4 erhoben, so werden die der gemeindlichen Besteuerung zugrunde zu legenden Prozentsätze in Klasse I im Durchschnitt 3,8, in Klasse II im Durchschnitt 3, in Klasse III im Durchschnitt 1,7 und in Klasse IV im Durchschnitt 1 Prozent des Ertrages gleichkommen. In Essen, das zum Vergleich herangezogen werden mag, bilden demgegenüber 8 Prozent vom Ertrage die Grundlage der gemeindlichen Besteuerung neben den weit höheren Kopfsteuern (s. o).

Würden zu den auf dieser Grundlage errechneten Steuersätzen dieselben gemeindlichen Zuschläge erhoben wie im laufenden Jahre, nämlich 452 Proz., so würde die Gemeindegewerbesteuer in Klasse I im Durchschnitt 17,34 Proz., in Klasse II im Durchschnitt 13, 62 Proz., in Klasse III im Durchschnitt 7,69 Proz., in Klasse IV im Durchschnitt 4,52 Proz. des Ertrages gleichkommen.

Der Ertrag der Gewerbesteuererhöhung wird auf 4½ Mill. Mark berechnet, während die Gewerbesteuer bisher rund 4 Mill. Mark erbrachte; vorausgesetzt ist dabei, daß der bisherige Gemeindesteuerzuschlag von 452 Proz. weiter erhoben wird. Ob ein so hoher Zuschlag nötig sein wird, kann heute noch nicht übersehen werden und bleibt späterer Entscheidung und Beschlußfassung vorbehalten.

Zur Hundesteuerordnung.

Die wesentlichste Aenderung bildet die Erhöhung des Steuersatzes von 30 auf 100 Mark bezw. für den zweiten und weiteren Hund von 50 auf 150 Mark.

Neue städtische Wohnungsbauten.

Der Bauausschuß befaßte sich am Montag mit einer Vorlage des Magistrats, die die Errichtung von Notwohnungen vorsieht. Der Vorlage gemäß sollen an der Merseburger Straße, auf dem Wernickeschen Gelände, 60 Wohnungen mit einem Aufwand von 3½ Millionen Mk., nach einem zweiten Projekt 24 Dreizimmerwohnungen mit einer Kostenveranschlagung von 1 610 000 Mark errichtet werden. In kompetenten Kreisen erwartet man eine finanzielle Beihilfe des Staates bei der Lösung dieses schwerwiegenden Problems. Die Vorlage wurde angenommen.

Auch wurden Erörterungen über den Bau eines Turmhauses nach amerikanischem Muster für Bürozwecke gepflogen. Von privater Seite ist ja ein ähnliches Projekt, der Bau eines „Wolkenkratzers" am Riebeckplatz, in Erwägung gezogen worden. Doch konnte sich der städtische Bauausschuß noch nicht schlüssig werden und zog vorläufig nur einmal die technische Möglichkeit in Betracht. Das Risiko will ihm zu groß erscheinen.

Menzer—Haenisch.

Die „Hallesche Zeitung" bereut.

Unsere Leser werden sich des Artikels erinnern, den die „Hallesche Zeitung" über den Rektor der Universität, Herrn Prof. Menzer, brachte und den auch wir in seiner ganzen Schönheit veröffentlichten (Nr. 37 der „Volksstimme). „Unwahrheit", Charakterlosigkeit", ein „Pfui" und „Feil für alles" wurde in diesem sauberen Schriftstück dem Rektor entgegengeschleudert, weil er es gewagt hatte, anläßlich der Haenisch-Studentenversammlung in einem anderen Tone zu dem Minister zu sprechen, als wie es die „H. Ztg." gewohnt ist. Er spann nicht die bekannte deutschnationale-arisch-teutonische Wolle, wie sie den verhetzenden Schmutztern und Trutztern, den Langschädeligen, beliebt. Das durfte natürlich nicht ungerochen bleiben und so trat man denn in Aktion und versuchte systematisch die Oeffentlichkeit, soweit es möglich war, gegen den Universitätsrektor aufzustacheln.

Wer beschreibt nun unser Erstaunen, als wir in der gestrigen „H. Ztg." ein Reubekenntnis dieser Sündenfan den! Da heißt es, daß der Verleger der „H. Ztg.", Herr Thiele, eine Unterredung über den „unliebsamen Zwischenfall" mit Rektor Menzer hatte und daß dieser Herr die „selbstverständlich ungewollten" beleidigenden Ausdrücke in dem fraglichen Artikel lebhaft bedauert. „Ungewollte Beleidigungen ...", wer lacht da? „Im Interesse des Wiederaufbaues" ist Herr Thiele gern bereit, die Versöhnungshand zu reichen.

Was geschah nicht schon alles im Interesse des Wiederaufbaues?

So herum hat es also nicht geklappt verehrte „H. Ztg.", versuchen wir es mal so herum.

Wenn Kommunisten kämpfen. Mitgliederversammlung der Schuhmacher. Montag, den 21. Februar tagte in Wilsdorfs Gesellschaftshaus eine gut besuchte Mitgliederversammlung der Schuhmacher. Auf der Tagesordnung stand der „Offene Brief". Referent war Arbeitersekretär Grabow, Korreferent Redakteur Karl Garbe. Seine Ausführungen begann der Referent mit einer Schimpfkanonade auf die Rechtssozialisten, Unabhängigen und Gewerkschaftsangestellten, weil sie nicht sofort den „Offenen Brief" angenommen haben. Das Schimpfen ging wie ein roter Faden durch seine ganze Rede. Jeder Unbefangene mußte den Eindruck gewinnen, daß der Referent völlig unbegründete Behauptungen aufstellte, was ein politisch krankhaftes Wesen verriet. Dem Gen. Garbe war es leicht, alle diese Ausführungen richtigzustellen. Nicht den Inhalt des „Offenen Briefes", sondern das Ultimatum, haben die Rechtssozialisten und Unabhängigen abgelehnt. Jedes Wort des Genossen saß wie ein Keulenschlag. Seine einstündige Rede zeigte, daß der Gen. Garbe auf dem Gebiet der In- und Auslandspolitik dem Gegner weit überlegen war. Nun ergriff sein Kollege, jetziger Kaufmann und Landtagsabgeordneter, Menzel das Wort. Seine weh- und demütigen Ausführungen waren die gleichen, wie die des Referenten: Schimpfen auf die Rechtler, Unabhängigen und Angestellten. Weil er keine guten Argumente für sich hatte, bemühte er die Jugend des Korreferenten. Kollege Göbel führte aus, daß er in den Schuhmacherversammlungen schon viel gesprochen hätte, aber so einen Unsinn wie Grabow und Menzel hätte er sich nicht gewagt seinen Kollegen vorzutragen. Er zerpflückte dann das, was von seiten Grabow und Menzel auf dem Gebiete des Gewerkschaftlichen vorgetragen worden war. Er wies das Herab-

Kleines Feuilleten.

Freie Volksbühne.

Maria Magdalena. Bürgerl. Trauerspiel von Friedr. Hebbel.

Wenn gestern Hebbels Trauerspiel einen so nachhaltigen Eindruck erweckte, so werden wir diesen in erster Linie der wertigen Gestaltung des Meisters Anton durch den für Teuscher eingesprungenen Gast Karl Huth zu danken haben. In Gestalt, Ausdruck und Sprache war er das Urbild kleinbürgerlicher Begrenztheit. In keinem Auftritt verließ uns der Glaube, daß dieser Mann mit allen Fasern seines Ichs in den Sittenkodex seiner Zeit verankert ist und daß die Starrheit seines Denkens kein rechts und kein links verträgt. Dieser Mensch in seinen uns heute so kühl lassenden Begriffen, blieb wahr bis zum letzten Augenblick, da sich ihm der Lichtschimmer einer neuen Zeit horizontale und er mit sich selbst irregeworden ausruft: „Ich verstehe die Welt nicht mehr." Die Problemstellung Hebbels interessiert uns heute nicht mehr. Uns tun sich heute andere Fragen auf und wir gehen an den strengen Ehraufassungen jener Zeit ohne Mitfühlen vorüber. Jene enge Welt, in der der Vater nicht darüber hinwegkommt, weil seine Tochter ein „Frauenschicksal" erlitten hat, ist versunken. — Die Aufführung als Ganzes sprach an. Neben dem Gast hat Hedwig Jonas eine beachtenswerte Leistung als Klara; vielleicht zu modern und deshalb nicht in allen Teilen befriedigend Ihre Klara war ein sehr sensibles, sehr leidendes Wesen, das in der eigenen Schuld erstickt. Fritz Hensel ließ beim ersten Auftritt in seiner Rolle als Karl keinen trotzigen Burschen erkennen; zum Schluß fand er sich im Spiel zurecht. Bemängeln konnte man seine Worte verschluckende Sprache, die beshalb oft undeutlich blieb. Der Leonhard von Hermann Wedding zeigte den niedrig-egoistischen, feigen Streber wie ihn Hebbel geschaffen hat. Josef Krahé verfügte über die dankbare Rolle des Sekretärs und fand sich gut darin. Genannt sei noch Charlotte v. Durand in ihrem kurzen Spiel. Die Kleinheit und das drückende, dumpfe Leben in diesem Trauerspiel hätte ein engeres Bühnenbild vertragen können. W. L.

Judas Ischariot. In Ibsens „weltgeschichtlichem Schauspiel" „Kaiser und Galiläer" beschwört der Mystiker Maximos vor dem künftigen Kaiser „Die drei Echteine unter dem Zorn der Notwendigkeit", „Die drei großen Helfer der Verneinung" herauf, deren dritter der Fürst eben selber sein soll. Der erste war Kain. Vom zweiten heißt es: Siehst du ihn? — Ja. — Wie sieht du ihn? — Ich seh' ihn als einen rothärtigen Mann. Er hat zerrissene Kleider und einen Strick um den Hals. Sprich zu ihm, Maximos! — Du mußt sprechen. — Was warst du im Leben? — (Eine Stimme:) Des Weltenwagens zwölftes Rad. — Das zwölfte? Schon das fünfte gilt als unnütz. — (Die Stimme:) Wohin wäre der Wagen ohne mich gerollt? — Wohin rollte er durch dich? — In die Herrlichkeit. — Warum halfst du? — Weil ich wollens war — Was wolltest du? — Was ich wollen mußte. — Wer erlöst dich? — Der Meister. — Wer der Meister sich bewußt des Kommenden, da er doch verlor? — Ja, das ist das Rätsel. — Du schweigst? — Er ist nicht mehr da. — Kanntest du ihn? — Ja. — Wie hieß er im Leben? — Judas Ischariot. Nach oder neben Ibsen hat sich Geibel mit dieser Rätselgestalt dichterisch befaßt, nach diesem Weiser und noch mancher andere. Geibels Judas, den uns der Dichter in einem Monologe menschlich näher bringt und in seiner Entwicklung darstellt, wird uns Roland S. Schwarz in dem künstlerischen Vortragsabend, den er unter Mitwirkung der Sängerin Erna Lange-Cornill und Karl Klanerts nächsten Freitag im Magistrat veranstaltet, vertäfern. (Karten bei Hothan und an der Kasse.)

Wie unseren Lesern schon kurz mitgeteilt wurde, beabsichtigt der Magistrat folgende Steuern, resp. Steueränderungen einzuführen:

Provinzialmuseum. Mittwoch, den 2. März, 8 Uhr abends, Museumsabend: Vortrag über Rassen der Vorzeit im Hörsaal des Museums (Eingang Richard-Wagner-Straße). Eintritt frei!

Der Naturwissenschaftliche Verein für Sachsen und Thüringen hält seine nächste Sitzung am Donnerstag, den 3. März, abends 8½ Uhr im Hörsaal des Zoologischen Instituts am Domplatz ab. **Vortrag des Herrn Rosenbaum über Herstellung von Lichtbildern und Vorführung von Bildern einiger Alpenpflanzen und seltener Zierpflanzen. Gäste willkommen.**

Norddeutscher Humor von August Herrmann. Die gegenwärtige Fülle der Veranstaltungen in Halle warf ihren Schatten auch auf den gestrigen Vortragsabend. Der Besuch war gering. August Herrmann trug Reuter, Groth, Fod und Löns vor. Reuterdichtungen bilden oft eine Klippe für den Rezitator. Auch gestern gelangen dem Künstler Vorträge von Fod und Löns besser als von Reuter. Er fand warmen Beifall. Ihm hätte man mit gutem Grunde ein volles Haus wünschen können.

Esperanto in der Schule. Die Esperantobewegung hat in der letzten Zeit in allen Ländern einen außerordentlichen Aufschwung genommen. So hat erst kürzlich die Pariser Handelskammer den Beschluß gefaßt, den Esperantounterricht in den Handelsschulen einzuführen und den Wunsch ausgesprochen, daß dieser Unterricht in ganz Frankreich sowie im Auslande verallgemeinert werde. In Bulgarien hat sich die erste offizielle Schüler-Esperanto-Gesellschaft der höheren Schulen gebildet und ist von dem Ministerium des öffentlichen Unterrichts genehmigt worden. In Neukölln werden jetzt ungefähr 170 Volksschulkinder in Esperanto unterrichtet. Einen erstaunlichen Umfang hat der Esperantounterricht an Schulkindern in Chemnitz und Breslau angenommen. Chemnitz ist es gelungen, über 1000 Kinder in den Volksschulen am Esperantounterricht teilnehmen zu lassen. Es unterrichten 13 Lehrer in 20 Klassen. Noch größer ist die Zahl der Teilnehmer in Breslau, wo sich nach Einführung des freiwilligen Unterrichts in Esperanto ungefähr 1800 Kinder gemeldet haben, um die internationale Hilfssprache zu lernen Am 31. August findet in Prag der 13. Weltkongreß für Esperanto statt.

Ein biblischer Film, gegen den selbst die neuesten Leistungen unserer Filmindustrie verblassen, wird gegenwärtig in London vorgeführt. Er ist betitelt: „Das Alte Testament" und soll mehr als 30 Millionen Goldmark gekostet haben. Ursprünglich war er 250 000 Fuß lang, ist aber jetzt auf 30 000 Fuß zusammengedrängt worden. In dem Film werden alle uns wohlvertrauten Ereignisse der biblischen Weltschöpfung sowie die Schicksale der Kinder Israels nach den Büchern Moses vorgeführt. Mit der Inszenierung des Paradieses hat man sich besondere Mühe gegeben; aber auch die Sintflut soll sehr anschaulich wirken.

Beim Foxtrott. „Lieben Sie auch den Foxtrott, Herr Fink?" — „O, ich schwärme für ihn gnädiges Fräulein!" — „Warum lernen Sie ihn dann nicht?" (Der Brummbär.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210302-16/fragment/page=0005

sehen der Gewerkschaftsangestellten zurück, denn wer noch Charakter und Verantwortlichkeitsgefühl besitzt, kann nicht anders arbeiten, wie es unsere Angestellten tun. Er muß aber doch diejenigen kennzeichnen, die immer auf die Angestellten schimpfen, um dann selbst in diese Stellen einzurücken. In seinem Schlußwort brachte der Referent die 10-Zimmerwohnung des Genossen Ebert und die königl. Schloßgardinen des Gen. Scheidemann vor, damit konnte er vielleicht Leute, die sonst nie alle werden, für sich gewinnen, einem denkenden Arbeiter entlockt man nur ein mitleidiges Lächeln. Diese Art der Kampfesweise zeigt aber zugleich, wieweit es mit den guten Gründen der kommunistischen Ideen bereits gekommen ist. Wer mit Scheidemanns Möbel in den Streit zieht, ist wahrlich ein armer Ritter.

Wegen Verlegung und Instandsetzung der Büroräume kann die Benutzung der städtischen Wage, Gr. Berlin 11, vom Freitag, den 25. d. M. an bis auf weiteres nicht stattfinden.

Disziplinarverfahren gegen Stadtrat Osterburg? So überschreiben bürgerliche Zeitungen eine Meldung, wonach die Regierung in Merseburg die Akten über die Waffenaffäre mit dem Kohlenauto eingefordert hat. Daraus wird gefolgert, daß gegen Stadtrat Osterburg ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden soll. Vielleicht ist der Wunsch der Vater dieses Gedankens.

Ohne Fahrkarte durch die Sperre. Bisher war es den Reisenden nicht möglich, die Bahnsteigsperren im Falle des Zuspätekommens ohne Fahrkarte zu passieren. Nach einer Bekanntmachung der Eisenbahndirektion Hannover wird jetzt die während des Krieges erlassene Bestimmung aufgehoben, so daß nunmehr verspätet auf dem Bahnhof eintreffende Reisende die Sperre passieren dürfen, auch wenn sie nicht im Besitze einer gültigen Fahrkarte sind. In diesen Fällen soll den Reisenden jedoch ein Ausweis für die Nachlösung von Fahrkarten am Zuge ausgehändigt werden, so daß sie den Zug nicht zu verlassen brauchen. Allerdings müssen die Reisenden dann einen erhöhten Fahrpreis erlegen.

Zoologischer Garten. Morgen, Donnerstag abend 8 Uhr, findet das 6. Gesellschaftskonzert vom Philharmonischen Orchester unter Leitung seines Dirigenten, Obermusikmeisters Karl Steuer, statt. Die Vortragsfolge enthält Werke von Beethoven, Wagner, Reinecke, Grieg, Verdi, Leoncavallo und Strauß. Als Solist ist Kr vielen Hallensern wohlbekannte und beliebte Opernsänger Hugo Veraholz (früheres Mitglied der Stadttheater in Halle, Halberstadt, Erfurt usw.) gewonnen worden, der die Gralserzählung aus „Lohengrin", das Gebet aus „Rienzi" und „Lache, Bajazzo" aus der Oper „Der Bajazzo" singen wird. Der Besuch dieses Konzertes wird allen Musikfreunden wärmstens empfohlen.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, abends 7½ Uhr, gelangt das Lustspiel „Don Gil von den grünen Hosen" zur Aufführung. Donnerstag „Tiefland". Freitag „Fidelio". An dem am Sonnabend unter Leitung von Professor Dr. Hans Pfitzner stattfindenden Sinfonie-Konzert gelangt zur Aufführung: Sinfonie Nr. 4 B-dur von Beethoven, Sinfonie D-moll von Haydn und Webers Ouvertüre zu „Oberon". Die Preise betragen für 2. Ring letzte Reihe 2 Mk., Oberring 3 Mk., 2. Ring Hinterreihen 4 Mk., 3. Ring 5 Mark, 2. Ring Vorderreihen 8 Mk., 1. und 2. Platz 10 Mk., 1. Ring Sessel und Sperrsitz 15 Mk., Vorbühnen- und 1. Ring-Logen 16 Mark. Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Pension Schöller", abends „Die Zauberflöte". Montag „Wenn Liebe erwacht".

Freie Volksbühne Halle. 4. Werk (Maria Magdalena). Spieltage: B: Freitag, den 4., C: Sonnabend, den 5., D: Montag, den 7., E: Mittwoch, den 9. F: Donnerstag, den 10. März.

Provinz und Umgegend.

Aufnahme von Flüchtlingen.

Aus Bitterfeld wird uns geschrieben:

Das Flüchtlingselend wird immer größer und erfordert gebieterisch rasche, energische Maßnahmen. Tausende bedauernswerter Familien liegen seit Monaten in den Flüchtlingslagern Altengrabow und Jüterbog und warten sehnsüchtig q. ja verzweifelt, auf Wohnung und Arbeit. Wer nur einen Funken von Nächstenliebe und sozialem Verständnis in sich trägt, muß dieser Not so rasch wie möglich abzuhelfen bereit sein, indem er wenigstens eine Flüchtlingsfamilie bei sich aufnimmt. Die Kosten für Einrichtung oder Herrichtung von Wohnungen übernimmt bis zu 3000 Mk. das „Rote Kreuz"; dem Hauswirt entstehen also keine oder nur geringe Kosten.

Doppelt hilft, wer rasch hilft! Auch darf nicht verschwiegen werden, daß wohl jeder bei freiwilliger Aufnahme einer Flüchtlingsfamilie besser fährt, als bei zwangsweiser Zuweisung, die letzten Endes erfolgen muß.

Merseburg. Sammellisten betr. Die Genossen, die noch im Besitze von Sammellisten für den Wahlfonds sind, werden gebeten, diese sofort auf dem Parteibureau (Gen. Bauer) abzugeben, da eine Abrechnung nun dringend nötig wird.

Merseburg. Stadtverordnetensitzung. Nach Einführung des Seminardirektors Colling (Dnl.) als Stadtverordneter, erledigte das Kollegium die Tagesordnung. Es wurden ohne Debatte bewilligt die Nachtragsforderungen für das Altersheim in Höhe von 5000 Mk. und für das Andreasheim in Höhe von 5440 Mk. Hierauf bewilligte die Versammlung die Kosten zur Anstellung einer Schwester zur Bedienung des Röntgenapparates im städtischen Krankenhaus. Alsdann beriet man das neue Steuerbukett, das der Magistrat empfahl, und zwar Zuwachssteuer, Musikinstrumentensteuer, Jagdwaffensteuer, Jagdpachtsteuer, Uebernachtungssteuer und Besteuerung des reichsentkommensteuerfreien Einkommenteiles. Nach Begründung der Zuwachssteuerordnung, die nach dem System, wie es die Stadt Essen eingeführt hat, durchgeführt werden soll, erläuterte der erste Bürgermeister die Beweggründe, die den Magistrat zur Einbringung dieser Vorlagen zwangen, und malt wahrheitsgemäß die Finanzen der Stadt grau in grau. Genosse Krüger erklärt, daß für die Zuwachssteuer und die Jagdpacht- und Jagdwaffensteuer für eine Einnahmequelle in Betracht kommen können, da alle anderen in ihrer Erhebung wahrscheinlich mehr Kosten verursachen als sie einbringen und man in die Fußtapfen der Reichssteuerreform fallen würde. Es äußern sich dazu noch Stadträte aller Parteien und der Magistrat bekommt manche Wahrheit zu hören, indem viele der Herren gegen die letzten Steuern Stellung nehmen. Der Kommunist Koenen glaubte, alles das was jetzt geschehe sei undiskutabel, da die Steuern der Stadt oder des Staates uns nicht aus diesem Finanzelend herausbringen, er reagiert auf einen Zwischenruf unseres Genossen Krüger und erklärte, aus Rußland wird uns Hilfe kommen, sodann verlor sich Herr Koenen in eine Volksversammlungsrede, wobei selbst Noske u. a. m. eine Rolle spielte. Also wir haben des Rätsels Lösung. Noske ist an den Merseburger Steuervorlagen auch dran schuld. Lieber Leser, wenn du es nicht glaubst, frage Herrn Richter (Kom.), der weiß es ganz bestimmt. In der Abstimmung wird die Zuwachssteuerordnung in der Magistratsvorlage angenommen, die bis zum 1. 4. 20 zurückreicht, sofort wird einstimmig beschlossen, auch die Steuer für 1921 durchzuführen. Sodann begründet Genosse Scharch die Musikinstrumentensteuer und legt klar, daß wir die Steuer ablehnen, weil sie unsozial und bildungsfeindlich ist und nur die Musik des armen Mannes besteuern soll. In der Debatte erklärte sich Herr Koenen für diese Steuer, er steht also auch gegen die Bildung der Massen, denn auch Musik gehört zu der Bildungsbestrebung des Volkes. Herr Koenen als Volksvertreter? und die kommunistische Stadtverordnetenfraktion als Befürworter der Besteuerung des Grammophons des armen Mannes. Die Vorlage wird sodann gegen die Stimmen der USPD. abgelehnt. Die Jagdpachtsteuer wird sodann nach eingehender Aussprache, in der Genosse Voge unsere Zustimmung kundgab, mit großer Mehrheit an den Magistrat verwiesen. Die Jagdwaffensteuer wird nach langer Aussprache, indem ein Antrag auch die Besteuerung der Scheibenbüchsen der Schützengilden verlangte, den Magistrat zur Umarbeitung zurückverwiesen. Desgleichen auch die Uebernachtungssteuer. Hierauf wird ein Antrag angenommen, infolge der vorgerückten Stunde alle anderen Tagesordnungspunkte zu vertagen. Ein Dringlichkeitsantrag über die Lohnverhandlungen für die städtischen Arbeiter wird nach kurzer Aussprache als erledigt betrachtet, da Herr Stadtr. Ruppredt (Dnl.) Widerspruch erhebt.

Dölnitz. Einbruch. In einer der letzten Nächte machten abermals Diebe unseren Ort unsicher. Durch Einbruch in eine Feldscheune stahlen sie eine Leiter, überstiegen darauf das Tor des Kaufmanns Kl. und versuchten durch Eindrücken eines Fensters zu den Weinvorräten zu gelangen. Durch das entstandene Geräusch wurde der Besitzer munter und verscheuchte die Einbrecher, welche unerkannt entkamen. Auch der Versuch, auf dem Rittergut in das Innere zu dringen, mißlang an der starken Vergitterung, so daß die Diebe, nach der Entfernung der Gaze vom Fenster das Fruchtlose ihres Unternehmens einsehend, beutelleer von dannen zogen.

Löbejün. Vor dem Bankerott. Unsere Stadt hat ein Defizit von 175 000 Mk. Doch das wäre an und für sich nicht schlimm, da andere Gemeinden vielfach noch stärker belastet sind. Das Zerfeuende ist nur die Tatsache, daß die kommunistische Mehrheit des Stadtparlaments alle Steuern für Einkommen unter 20 000 Mk. „konsequent" verweigert und alle Anträge des Magistrats einen Zuschlag auf die vom Jahre 1863 veranlagten Grundsteuern zu erheben, ablehnt. Daß ein solches Gebaren zum Bankerott führt, liegt auf der Hand. Aber warum nehmen die kommunistischen Stadträte eine so haarsträubende Haltung ein? Weil Herr Stadtrat Osterburg (Halle) den wirklichkeitsfremden Menschen geraten hat, alle Steuerveranlagungen abzulehnen, da die deutsche Sowjetrepublik in nächster Nähe sei. — Ob der Bankerott wartet, bis bei uns die Moskauer triumphieren?! Wir glauben es nicht, denn das geht noch eine kleine Weile, während die Politik der Löbejüner Steuerverweigerer unwiderruflich zum Abgrund führt.

Naumburg. Gefährliches Spiel. Der 22jährige Geschirrführer Wiegner, der im benachbarten Dobitschau beheimatet ist, wollte im nahen „Steinholz" Vögel schießen. Ein Schuß traf den an einem in der Nähe befindlichen Busche stehenden Sohn des Landwirts Kaiser und tötete den Fünfzehnjährigen.

Thale im Harz. (Viel Mut!) In dem einsamen Forsthause Tambachhaus wurde die Frau des Försters von einem Kinde entbunden. Die aus Thale gekommene Hebamme sollte die Nacht im Forsthause zubringen. Trotz allen Zuredens bestand sie aber darauf, die Nacht noch nach Thale zurückzukehren, und erbat sich die Begleitung des Försters. Der Förster legte beim Fortgange seiner Frau einen geladenen Revolver ins Bett. Kaum hatten der Förster und die Hebamme das verschlossene Haus verlassen, als vor dem Bett der Wöchnerin ein Mann mit geschwärztem Gesicht erschien und das im Hause befindliche Geld verlangte. Der Räuber machte sich nunmehr daran, die Schränke zu öffnen. Nachdem die Frau sich vom ersten Schreck erholt hatte, griff sie nach dem Revolver und schoß den Räuber nieder. Als der Förster zurückkam, fand er die Leiche des Verbrechers, und glaubte im ersten Augenblick, daß seine Frau, die ohnmächtig war, ermordet sei. Am nächsten Morgen kam in aller Frühe die Hebamme, um gleich nach dem Kinde und der Wöchnerin zu sehen. Sie mußte in der Leiche des Verbrechers ihren eignen Mann erkennen. Da sie der Mitwissenschaft dringend verdächtig erscheint, wurde sie sofort verhaftet.

Kemberg. Stadtverwaltungsbericht. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung erstattete Herr Bürgermeister Dietze einen Verwaltungsbericht auf das Jahr 1920, dem wir folgendes entnehmen: Im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung traten keine Veränderungen ein. Der langjährige frühere Beigeordnete Friedrich Krautwurst wurde zum Stadtältesten ernannt. An neuen Ortsgesetzen wurden eine Grunderwerbssteuerordnung, eine Besoldungsordnung für die städt. Beamten und der 2. Nachtrag zur Sparkassenordnung erlassen. Von der Besteuerung des vom Reiche freigelassenen Einkommens wurde abgesehen, weil eine solche Besteuerung ungerecht und unsozial wirkt. Aus der von der Stadt errichteten Kriegerdankstiftung (50 000 Mk.) wurden 3390 Mk. Zinsen als Unterstützung verteilt. Ein in Amerika lebender alter Kemberger stiftete 4900 Mk. für Arme. Außerdem wurden 3635 Mk. Unterstützungen aus auswärtigen Stiftungen, in der Hauptsache für Hinterbliebene von Gefallenen, und 8856 Mark Unterstützungen an 33 aus der Gefangenschaft Heimkehrende vermittelt. Die Errichtung einer Badeanstalt (Schwimm- und Sonnenbad) wurde gesichert. Ein größerer Teil (17 000 Mk.) der Baukosten ist vom Sparkassenreingewinn zurückgelegt worden. Die Stadtsparkasse wurde, um ihre Entwicklung weiter zu fördern, von der Kämmereikasse abgetrennt. Das Museum wurde in städt. Verwaltung genommen. Da der Kleingeldmangel noch weiter andauert, wurde die Ausgabe von Stadtgeld vermehrt. Am Jahresschlusse waren im Umlauf: 30 400 Scheine zu 50, 72 400 zu 10 und 70 800 zu 5 Pfg. An Sammler sind abgegeben worden: 5400 Scheine zu 50, 7400 zu 10 und 10 3000 zu 5 Pfg. Der Ausschuß für Ortsempfehlung und Sommerfrische veranstaltete den dritten Wettbewerb für Fensterblumenschmuck, der rege Beteiligung fand. Straßenpflasterungen konnten leider infolge der hohen Materialpreise noch nicht weiter vorgenommen werden, doch wurden dafür 18 000 Mk. aufgeplant. Den Bestrebungen, Kemberg als Sommerfrische auszubauen, stellte sich die Wohnungsnot immer stärker entgegen. Doch wird das Ziel weiter verfolgt. Der städt. Gemüsegarten erbrachte einen Reingewinn von 912 Mk. Sch. Bestehen dieser gemeinnützigen Einrichtung (1918), sind der Kämmereikasse 2973 Mk. als Gewinn zugeflossen. Zur Anlegung eines Schulgartens (zur Belehrung der Kinder) wurde ein städt. Grundstück bereitgestellt. Ueber die Schwierigkeiten der Kartoffel- und Kohlenversorgung helfen die städt. Notstandsvorräte hinweg. Die Gesundheitsverhältnisse waren nicht ungünstig, doch kamen drei Fälle von Ruhr und ein Fall von Kindbettfieber vor. Regelmäßige ärztliche Untersuchungen der Schulkinder wurde eingeführt. Zur Anschaffung vollständiger Spiele für die Schule wurden 1000 Mk. bewilligt. Außer drei im Entstehen gelöschten Stubenbränden kam in der Stadt kein Schadenfeuer vor. Zur besseren Kontrolle der Nachtwächter wurden Stechuhren eingeführt. Beim Standesamte sind für 1920 zu verzeichnen: 67 Geburten (1919: 45, 1914: 49), 47 Aufgebotsverhandlungen (1919: 46), 38 Sterbefälle (1919: 45). Zur Neuregelung des Begräbniswesens wurde ein weiterer Schritt durch Anlauf eines Leichenwagens getan. Die Einwohnerzahl betrug am Jahresschlusse 2527 (bei der Volkszählung am 8. October 1919: 2470). Auf der Freibank wurden 21 Rinder (55 Zentner Fleisch) billig verkauft. Die Viehzählung am 1. Dezember ergab 141 Pferde, 849 Rinder, 29 Schafe, 758 Schweine, 688 Ziegen, 1247 Kaninchen, 4505 Stück Federvieh. Die Kämmereikasse hatte eine Einnahme von 1 406 990 Mark (1919: 498 005 Mk.), eine Ausgabe von 705 878 Mk. (1919: 312 137 Mk.), der Geldumsatz belief sich mithin auf 2 112 872 Mk. (1919: 752 451 Mk.). Bei der Elektrizitätswerkskasse ergab sich bei einer Einnahme von 107 078 Mk. (1919: 32 062 Mk.) und einer Ausgabe von 108 848 Mk. (1919: 28 904 Mk.) ein Geldumsatz von 215 926 Mk. (1919: 60 966 Mk.). Die Stadtsparkasse hat sich weiter günstig entwickelt. Die Einnahme an Einlagen belief sich auf 2 800 000 Mk. (1919: 2 275 000 Mk.), die Rückzahlungen betrugen 1 565 000 Mk. (1919: 1 100 000 Mk.). Die Gesamteinnahme erreichte die Summe von 4 661 700 Mk. (1919: 4 457 000 Mk.), die Gesamtausgabe den Betrag von 4 281 000 Mk. (1919: 4 480 000 Mark). Der gesamte Geldumsatz betrug 9 Millionen Mark (1918: 8½ Millionen, 1918: 8 Millionen, 1917: 4 Millionen). Das Eigenlegergutaben beträgt 7 Millionen Mk. (1919: 5 Mill., 1918: 4 Mill., 1917: 3 Mill.), Bei der der Sparkasse angegliederten Verwahrungsstelle wurden von Sparkassenkunden 994 000 Mark Wertpapieren hinterlegt. Neue Sparkassenbücher wurden 384 ausgestellt, erloschen sind 200. Nach Abschreibung des Kursverlustes auf Wertpapiere beträgt der Reingewinn der Sparkasse auf 1920 50 000 Mk. Der Giro-, Scheck- und Ueberweisungsverkehr wurde eingeführt. Für Spareinlagen über 10 000 Mk. wurden besondere Zinsbedingungen festgesetzt. Die Begrenzung der Einlagenhöhe auf ein Buch wurde aufgehoben. Die 1918 zur Hebung des Sparsinns errichtete Weihnachtssparkasse (Abbolungssystem) ist ebenfalls erfreulich gewachsen. Die Einlagen betrugen 67 025 Mk. (1919: 29 139 Mk.). Die Zahl der Sparer ist von 238 auf 282 gestiegen — Der reichhaltige Bericht zeigt, daß die Stadt Kemberg dauernd vorwärts strebt.

Eisleben. Achtung! Kartelldelegierte! Am Donnerstag, den 3. März, abends 8 Uhr, findet im „Bürgergarten", Nikolaistraße, eine wichtige Besprechung der auf dem Boden der Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stehenden Kartelldelegierten statt.

Weida. Die Lederwecke Diz, die neulich — wie wir berichteten von schwerem Brandschaden heimgesucht wurden — teilt mit, daß der Betrieb ihrer Fabrik nichtsdestoweniger in vollem Umfange aufrechterhalten wird.

Bernburg. Eisenbahndiebstähle und kein Ende. Umfangreichen Eisenbahndiebstählen ist man auf die Spur gekommen. Sie wurden von Gütener Bahnpersonal auf die Strecke nach Berlin ausgeführt. Schon lange bestanden Verdachtsmomente, die als „Tatort" die Teilstrecke von Nedlitz nach Wiesenburg vermuten ließen. Die Beobachtungen führten schließlich zur Durchsuchung der Dienstwohnungen des Blockwärters zwischen Nedlitz und Wiesenburg, wobei allerlei Diebesgut, das aus Eisenbahngütern gestohlen worden ist, zutage gefördert wurde. Der Blockwärter erklärte, daß er die Sachen von mehreren in Gütten wohnenden Eisenbahnbeamten erhalten habe als Lohn dafür, daß er geraubtes Gut vorübergehend bei sich beherbergte. Nach einer weiteren Meldung sind bisher vier Verhaftungen vorgenommen worden. Die Ermittelungen werden dadurch erleichtert, das schriftliche Aufzeichnungen über den Erlös aus den gestohlenen Gegenständen sich im Besitz des Blockwärters befanden.

Dronsig. Ein Kuriosum. In einem Wahlumschlag der Provinziallandtags- und Kreistagswahl befand sich ein Zettel mit folgendem Wortlaut: „Herrgott, du Vater aller Menschen, leß uns wählen 1. einen Philosophen und ersten Diener des Staates, Friedrich den Großen; 2. einen von Menschenliebe durchglühten Jesus Christus; 3. einen das Bündnis mit Rußland über alles heilig haltenden eisernen Kanzler Bismarck. Diese drei, die nur allein befreien das deutsche Volk als friedliebende, emsig schaffende Wirtschafts-Armee mit allgemeiner Dienstpflicht durch Gemeinschaftsbesitz ohne Kapitalansammlung aus Knechtschaft und Sklaverei des Versailler und Pariser Vernichtungsplanes. Der Mensch lebt nicht von Brot allein, es ist der Geist, der sich den Körper baut. Er schreit nach Freiheit, nach Gleichberechtigung des deutschen Volkes mit den Völkern unserer Feinde. Parteien! Hört den Mahnruf Schillers? Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern!"

Jehnitz. Und die Dummen werden nicht alle. Der hier gebürtige Kraftwagenschlosser Spernau, der wegen Veruntreuung eine gerichtliche Strafe zu gewärtigen hatte, ließ sich im besetzten Gebiete für die französische Fremdenlegion in Algier anwerben. Während des Weltkrieges ist er Vizefeldwebel im deutschen Heere gewesen. Er hat es also vorgezogen, sich in lebenslängliche Qual zu begeben, anstatt eine engbefristete Gefängnisstrafe abzubüßen. Daß es immer Deutsche sein müssen, die den Himmel voller Baßgeigen sehen!

Aus aller Welt.

Karlsruhe. Frivole Reklame. In den letzten Tagen ging durch die badischen Blätter eine Notiz, daß Karl Waßmann, von Beruf „Dichter", „Hungerkünstler" und „Reklamegenie" in Frankfurt am Main plötzlich in einer spiritistischen Sitzung gestorben sei. Wie sich nun herausgestellt, hat Waßmann seine eigene Todesanzeige ausgegeben und am anderen Tage dementiert, indem er durch Anschlag an den Plakatsäulen bekannt machte: Karl Waßmann lebt!

Wien, 26. Februar. Große Veruntreuungen. Bei der Zollkasse der Ostbahn sind heute die Unterschlagungen eines Bahnbeamten entdeckt worden, der während zweier Jahre 16 Millionen Kronen veruntreut hat. Der Schuldige, der Bahnadjunkt Anton Gullscherer, hat sich selbst der Behörde gestellt.

New York. Rekordflug eines Postflugzeuges. Ein Postflugzeug, das den Dienst zwischen San Franzisko und New York versieht, hat alle kontinentalen Rekords geschlagen. Es legte seinen letzten Flug in einer Zeit von 33 Stunden ohne jede Zwischenlandung zurück. Es ist auch das erste Mal, daß ein Postflugzeug in der Nacht flog.

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaft: Otto Bauer; für Kommunal- und Provinz- und den übrigen redaktionellen Teil i. V. Hans Kärl; für den Inseratenteil Wilhelm Herzog; sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der geselligen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Verbreitungsbezirk angekündigt werden.

Freier Sängerchor Halle M. d. D. A. S. B. Freitag, abend 8 Uhr, im Vereinslokal „Stadt Dresden" Martinsr.: Übungsstunde.

Auf die am Sonntag, den 6. März, nachm. 4 Uhr, im Hotel „Stadt Dresden" Martinsr. stattfindende Generalversammlung des Freien Sängerchors wird besonders hingewiesen. Sangeslustige Genossen können dort angenommen werden. Möchte aller Mitglieder ist es im Interesse der Pflege des Gesangs, daß stimmt zu erscheinen. Der Vorstand.

Ortsverein Eilenburg. Am Freitag, den 4. März, abends 7½ Uhr findet in der „Stadthalle" die Mitgliederversammlung statt. Gäste können ein eführt werden. Genosse Flächsbarth spricht über den Ausfall der Wahlen und den Ausbau der Organisation. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210302-16/fragment/page=0006